

WIR

miteinander leben



voneinander lernen

IN ERFURT

Wir fangen dich auf!



Wir bieten Hilfe und Unterstützung für Kinder, Jugendliche und deren Eltern.

MitMenschen e.V.
mitmenschliche Dienstleistungen im Verein

Kontakt:
Tel. 0800-0080080

Geschäftsstelle: Eugen-Richter-Str. 6, 99085 Erfurt, Tel.: (0361) 5 40 30 30

FREIWILLIGEN AGENTUR ERFURT


Spenden Sie Zeit statt Geld!

- Möchten Sie mit Ihren Fähigkeiten denjenigen helfen, die Hilfe und Unterstützung brauchen?
- Möchten Sie Ihren Horizont erweitern und neue Kenntnisse erwerben?
- Möchten Sie die einmalige Chance bekommen, sich in Erfurt für andere zu engagieren?
- Sind Sie daran interessiert, Ihr eigenes Leben und das Ihrer Mitmenschen lebenswerter zu machen?

Wir können Ihnen helfen.

Freiwilligen Agentur Erfurt
Schutzbund der Senioren und Vorruheständler
Friedrich-Engels-Straße 56 - 99086 Erfurt
www.freiwilligenagentur-erfurt.de
info@freiwilligenagentur-erfurt.de

Ihre Ansprechpartner:
Frau Margret Tasler und
Martin Bader
Tel. 0361 / 78929901 / 02



Hauskrankenpflege

Ramona Fuhr

Tel.: 0361/ 7 44 28 90
Fax: 0361/ 7 44 28 91
Mobil: 0172/ 3 67 25 02
E-mail: HKP_Ramona_Fuhr@web.de

Jenaer Str. 4
99099 Erfurt

Qualität durch Fachkompetenz



קהילה היהודית ארפורט Jüdische Landesgemeinde Thüringen



Büro: Juri-Gagarin-Ring 16, 99084 Erfurt
Eingang: Kartäuserstraße
Telefon: (03 61) 5 62 49 64
Fax: (03 61) 5 66 86 90320
E-Mail: jlgtuer@freenet.de

Offen-vielfältig-tolerant.

DER PARITÄTISCHE WOHLFAHRTS-VERBAND
Landesverband Thüringen e.V.

Unter dem Dach des PARITÄTISCHEN organisieren fast 30 Einrichtungen auf professioneller und ehrenamtlicher Basis Migrationsarbeit • Multikulturelle Begegnungsstätten • Sprachkurse • Begleitung zu Ämtern und Behörden • Sozialarbeit • Aufenthalte und Projektfinanzierung für ausländische Künstler •

Weitere Informationen, Kontakte und Adressen:
Birgit Kriegel Tel. 036202/26-0 bkriegel@paritaet-th.de
Bergstraße 11 www.paritaet-th.de 99192 Neudietendorf



SPD

Dr. Alfred Müller

Mitglied des Thüringer Landtages
Fraktion der SPD

Thüringer Landtag
Arnstädter Straße 51
99096 Erfurt
Telefon: 3 77 25 58
Telefax: 3 77 24 17

Bürgerbüro:
Leipziger Straße 25
99085 Erfurt
Telefon: 5 50 65 67
Telefax: 5 50 65 67

Tamara Thierbach und Bodo Ramelow

Mitglieder des Thüringer Landtags
Wahlkreisbüros
Eugen-Richter-Str. 44
99085 Erfurt
Tel.: 736 15 15 und 736 15 22

Fragen und Probleme? Wir helfen weiter!



PDS
Eine Welt - eine Menschheit - DU

Gerechtigkeit weltweit



Bleiberecht für alle

PDS

Liebe Erfurterinnen und Erfurter, liebe Leserinnen und Leser,

Wanderungsbewegungen, Integrations- und Minderheitenfragen gehören zu den wichtigsten Fragen der Gegenwart. Dabei ist es hilfreich, in historischen Zusammenhängen zu denken. Migration hat es schon immer gegeben. Die Bewegung von Menschen über Grenzen und die Begegnung von Kulturen waren in der Geschichte mehr die Regel als die Ausnahme.

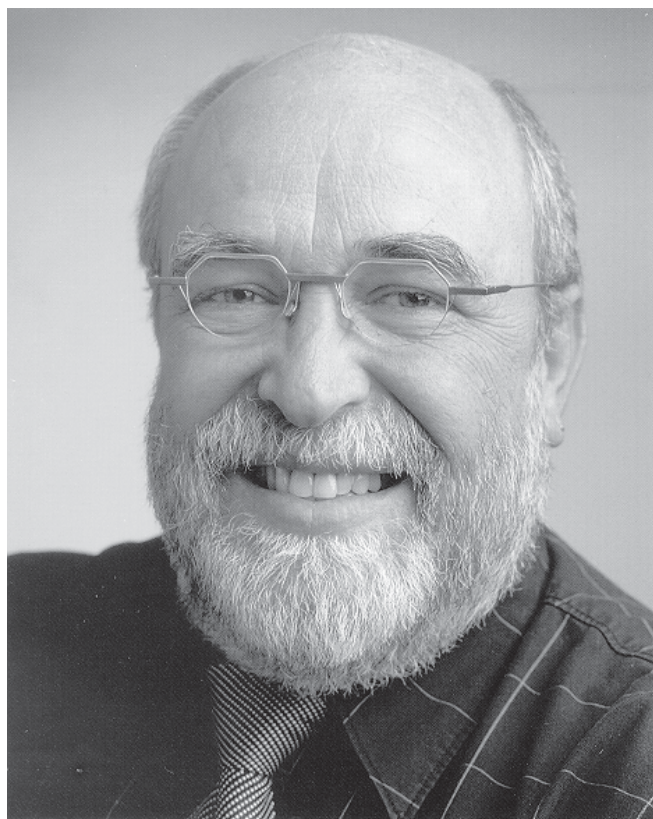
Migration darf nicht als Belastung verstanden werden, sondern man muss die damit verbundenen Chancen für die Weltoffenheit, den Pluralismus und die Toleranz in unserer Gesellschaft sehen.

Das Leben ist bunt, vielfältig und interessant - auch in Erfurt. Zwar scheint die ethnische, kulturelle und religiöse Mischung hierzulande deutlich weniger sichtbar als in anderen Gegenden Deutschlands und Europas, aber diese Broschüre wird etwas von der multikulturellen Vielfalt in unserer Landeshauptstadt Erfurt ahnen lassen.

Zugewanderte sind keine homogene Gruppe - es ist der deutschstämmige Arzt aus Kasachstan, der vietnamesische Händler, der jüdische Musiker aus Estland, die Flüchtlingsfamilie aus dem Irak, die Studentin aus China, der Doktorand aus Elfenbeinküste, die italienische Restauratorin, der arbeitssuchende ehemalige Vertragsarbeiter aus Mosambik, der französische Unternehmer, die Lehrerin aus Kanada - so bunt ist das Leben hierzulande.

Woher und warum kommen sie, wer sind sie?
Seien Sie neugierig, es gibt vieles zu entdecken.

Manfred O. Ruge
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Erfurt





Normalfall: Migration

Es ist eine eigentümliche Dialektik: Informationen wecken Neugier. Zugleich gilt, dass Daten und Fakten erst zu Informationen werden, wenn man sie neugierig rezipiert. Neugier muss vorausgesetzt werden, um geweckt werden zu können - ein Zirkelschluss? Logisch schon, in der Lebenserfahrung jedoch nicht. Was man daraus lernen kann? Wer nicht neugierig ist, ist schon verloren. Den müssen wir aufgeben, so brutal das klingt. Das gilt für die Lektüre dieser Broschüre. Das gilt ganz entscheidend für das Leben - das Miteinander von Einheimischen und Zugewanderten.

Der Thüringen Monitor 2002, eine soziologische Studie über die politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung, hat zutage gefördert, dass die Einstellungen vieler Thüringer Zuwanderern gegenüber noch erheblich durch Unwissenheit und persönliche Distanz gekennzeichnet sind. Den entscheidenden Mangel sehen die Sozialwissenschaftler in der geringen Zahl an persönlichen Alltagskontakten zwischen Thüringern und Menschen aus anderen Ländern.

Wohlgemerkt, es geht um Alltagskontakte. Ein Auslandsurlaub, bei dem man oberflächlich ein paar nette Leute kennen lernt, ist immer eine - meist angenehme - Ausnahmesituation. In den alten Ländern der Bundesrepublik ist es viel selbstverständlicher, Umgang zu pflegen mit Mitschülern, Arbeitskollegen, Nachbarn und Freunden, die oder deren Vorfahren aus allen möglichen Ländern nach Deutschland eingewandert sind. Ausländerabwehrende Einstellungen entspringen vielfach fehlender persönlicher Erfahrung im Umgang mit Menschen aus anderen Ländern und Kulturen.

In unserem beschaulichen Thüringen mit einem Ausländeranteil von knapp zwei Prozent der Bevölkerung gerät leicht aus dem Blick, dass Migrationen über Landesgrenzen hinweg längst Massenphänomene sind, denen sich nahezu jede moderne Gesellschaft zu stellen hat. Migrationen sind nichts Romantisches und nichts Idyllisches. Sie haben oft mit Härten des Lebens zu tun. Sie fordern den Zugewanderten einiges ab an Anpassung und Neuorientierung. Und Sie fordern die Integrationskraft der Aufnahmegesellschaft heraus, deren humanes Fundament nicht verordnet werden kann: Akzeptanzbereitschaft. Dafür wirbt diese Broschüre mittels sachgerechter Informationen über die in dieser Stadt wohnenden Zuwanderer. Was soll man ihr dringender wünschen als neugierige Leser, die nicht bei der Wahrnehmung der Fakten stehen bleiben, sondern ihr Anteil nehmendes Interesse übertragen auf den fremden Nachbarn aus Russland, Vietnam, Türkei, Mosambik, Kasachstan ...?

*Eckehard Peters
Ausländerbeauftragter
der Thüringer Landesregierung*

Warum diese Publikation?

Migration umfasst sowohl Zu- als auch Abwanderung. Die Verlagerung des Lebensmittelpunktes über die Grenzen eines Nationalstaates (Außenwanderung) ist dabei kennzeichnend für internationale Migration. Im Sinne dieser Definition sind auch Spätaussiedler zur Gruppe der Migranten zu rechnen. Die Kategorie des Zuwanderers oder Migranten darf also nicht auf den Begriff des Ausländers verengt werden. Der Begriff des Zuwanderers impliziert nicht automatisch einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland. Demnach wird beispielsweise auch ein Asylbewerber als Zuwanderer betrachtet, auch wenn dessen Aufenthalt in Deutschland oft nur von vorübergehender Dauer ist.

In den letzten zwei Jahren hat die Diskussion einer neuen Migrations- und Integrationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland neue Impulse erhalten. Das Bemühen um ein Zuwanderungsgesetz ist Ausdruck eines Paradigmenwechsels im Umgang mit Zuwanderung und Integration. Integration fordert beide Seiten: den Menschen, der einwandert und die Menschen, die zur Aufnahmegesellschaft gehören. Es muss den Mig-

ranten die Möglichkeit gegeben werden, in unserer Gesellschaft ihren Lebensmittelpunkt zu finden und gleichzeitig ihre Identität zu wahren.

Die öffentliche Meinung über diese Bevölkerungsgruppe und über das Zusammenleben ist in fast allen Bereichen von Vorurteilen geprägt. Ob sie richtig oder falsch, begründet oder unbegründet sind, wird meist nicht überprüft. Vorurteile und Wissensdefizite können das menschliche Klima erheblich negativ beeinflussen. Für Sachlichkeit, Toleranz und Fairness bleibt häufig wenig Platz.

Die vorliegende Broschüre will dazu beitragen, Einblick in die Lebenswirklichkeit der in Erfurt lebenden Migranten - Aussiedler und Ausländer - zu geben, die interkulturelle Kompetenz der Leser zu erweitern und damit auch dem Entstehen neuer sowie der Verfestigung alter Vorurteile entgegenwirken.

Renate Tuche
Ausländerbeauftragte
Leiterin der Arbeitsgruppe

Inhalt

Spätaussiedler	Seite 4 - 12
Wer sind die Spätaussiedler, woher und warum kommen sie	4
<i>Geschichtlicher Hintergrund</i>	
Was ist Trudarmija	4
Rechtliche Grundlagen für die Eingliederung und gegenwärtige Situation der Spätaussiedler in Erfurt	Seite 7
Jugendliche Migranten	
Ausländer	Seite 13 - 26
Wer sind die Ausländer, warum und woher kommen sie	13
<i>Allgemeine Informationen und gesetzliche Grundlagen</i>	
Jüdische Zuwanderer aus den Nachfolgestaaten der GUS	16
Ehemalige Vertragsarbeitnehmer in Regierungsabkommen	20
Bürger der Europäischen Union	22
„Die Zeit ist reif für diese Verfassung ...“	22
Asylbewerber	23
Ausländische Studierende	24
Binationale Familien und Partnerschaften	26
Der Ausländerbeirat der Stadt Erfurt	Seite 27
Das Netzwerk für Integration	Seite 28

Wer sind die Spätaussiedler, woher und warum kommen sie?

Geschichtlicher Hintergrund

Die im ostfränkischen Reich vereinten Germanen heißen seit dem 10. Jahrhundert Deutsche.

Im 12. und 13. Jahrhundert wanderten unzählige Deutsche nach Italien aus. Zur gleichen Zeit entstanden deutsche Niederlassungen in Siebenbürgen und im Baltikum.

Bis tief ins 19. Jahrhundert dauerte die Auswanderung der Deutschen an. Bevorzugtes Ziel war Nordamerika, aber auch Südamerika, Afrika, Australien und Länder Europas wurden von vielen Deutschen angesteuert. Man kann davon ausgehen, dass außerhalb der deutschen Grenzen auch heute nicht viel weniger "Deutschstämmige" als in der Bundesrepublik leben.

Aussiedler sind Deutschstämmige, deren Vorfahren sich - oft schon im 18. Jahrhundert - in verschiedenen Gebieten Russlands (Wolga- und Schwarzmeergebiet, Ukraine, Nordkaukasus, Ural, heutiges Kasachstan), Polen und Rumänien ansiedelten und eigene Kolonien gründeten.

Unter Katharina II. (1762-1796) begann die systematische Ansiedlung Deutscher im Russischen Reich. Im Jahr ihrer Machtergreifung 1762 erließ sie das "Einladungsmantest", denn sie war sich der Größe und der dünnen Besiedlung ihres Landes durchaus bewusst. Katharina sicherte ihren neuen Untertanen folgende Privilegien zu:

- Glaubensfreiheit und die Möglichkeit, den jeweiligen Glauben auch auszuüben
- Befreiung vom Militärdienst
- Steuerliche Vergünstigungen, wie 30 Jahre Steuerfreiheit für Familien, die auf unbewohntem Land siedelten; wer nach Moskau, St. Petersburg oder in die Ostprovinzen ging, war nur für 5 Jahre befreit; wer in eine andere Stadt zog für 10 Jahre
- Die deutschen Siedlungen blieben in Selbstverwaltung
- Deutsch war Amtssprache

Die Kolonien stellten weitestgehend in sich geschlossene Landesbereiche dar. Meistens blieben Einwanderer, die aus dem selben Ort oder der selben Region gekommen waren, zusammen. Dadurch wurden das Brauchtum und die deutsche Sprache lange Zeit konserviert. Untereinander waren die deutschen Kolonien autonom. Ihre Zusammenfassung und eine gewisse Vereinheitlichung wurden erst durch Maßnahmen hervorgerufen, die von außen auf sie einwirkten. In diesen weitestgehend schlecht erschlossenen Gebieten blieben die Deutschen von den außerordentlich privilegierten Kolonien unbeachtet.

Vor allem in Kreisen der russischen Adligen, Politiker und Bildungsbürger entwickelte sich ein wachsender Deutschenhass. Man neidete ihnen ihre Privilegien und ihren wirtschaftlichen Aufschwung und empfand sie als nationale Fremdkörper. Durch die allgemeinen Refor-

men Alexander des Großen verloren die Deutschen ihre Sonderstellung.

- 1871 wird die Selbstverwaltung aufgehoben, die deutschen Kolonien werden in die allgemein russische Administration eingegliedert
- 1874 wird die Wehrpflicht ausgedehnt
- Russisch wird Amtssprache

Während des Ersten Weltkrieges steigerte sich der Hass auf die Deutschen, die Versammlungsfreiheit wurde eingeschränkt, und in der Öffentlichkeit durfte nicht mehr Deutsch gesprochen werden. Liquidationsgesetze führten bereits damals zu Enteignung und Zwangsumsiedlung.

Weltkrieg, Bürgerkrieg, Flucht und Hungersnot ließen die Zahl der Deutschen von 1.621.000 (1914) auf 1.238.500 (1925) zurückgehen. Im Zuge der Kollektivierung und sogenannten Entkulakisierung wurden besonders in den Jahren 1929/30 Tausende von Deutschen, vor allem Männer, aus den Kolonien nach Sibirien verschleppt. Auch von den Massenverhaftungen 1937/38 waren die Deutschen außerordentlich betroffen.

Die Säuberungsmaßnahmen unter Stalin, die Machtübernahme der NSDAP und der Beginn des zweiten Weltkrieges trafen die Deutschen besonders hart. Alle deutschen Verwaltungseinheiten wurden bis 1941 mit dem Ende der Wolgarepublik aufgelöst. Insgesamt wurden rund 800.000 Deutsche nach Sibirien, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan zwangsumgesiedelt. Die Frauen und Kinder wurden verstreut angesiedelt, die Männer zwischen 15 und 60 und Frauen, die keine Kinder unter 3 Jahren hatten, kamen in die "Trudarmija" (Arbeitsarmee). Diese Lager wurden erst einige Zeit nach dem Krieg aufgelöst.

Was ist Trudarmija?

Die Trudarmija - das unmenschliche Zwangsarbeitslager

Am 28. August 1941 ordnete das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR die „Aussiedlung“ der Deutschen aus dem Wolgagebiet an. Die Russlanddeutschen wurden der aktiven Unterstützung der deutschen Truppen beschuldigt. 340 000 Wolgadeutsche wurden in Viehwagen verfrachtet und unter menschenunwürdigen Bedingungen nach Sibirien deportiert. Die Männer wurden von ihren Familien getrennt, vor allem Alte, Kinder und Kranke starben. Die Wolgadeutsche Republik wurde aufgelöst. Im Oktober 1941 folgten die Kaukasusdeutschen und im März 1942 die Deutschen aus Leningrad. Insgesamt wurden 800 000 Deut-

sche deportiert, weit über 400 000 lebten bereits freiwillig oder unfreiwillig im asiatischen Teil der UdSSR. Dort wurden die Frauen mit ihren Kindern verstreut angesiedelt (eigentlich nur notdürftig untergebracht) und einer strengen Aufsicht der Organe der Staatssicherheit (Spezkommandantura) unterstellt.

Die Männer zwischen 15 und 60 Jahren und Frauen, die keine Kinder unter drei Jahren hatten, kamen in die Trudarmija, wo sie wie Staatsfeinde und Vaterlandsverräter behandelt wurden.

Trudarmija heißt in wörtlicher Übersetzung Arbeitsarmee. In Wirklichkeit handelte es sich um Zwangsarbeitslager, die von hohen Stacheldrahtzäunen umgeben waren und scharf bewacht wurden. Die Verhältnisse, unter denen die Trudarmisten leben und arbeiten mussten, glichen in ihrer Unmenschlichkeit denen eines Strafgefangenenlagers. Auf dem Weg zur Arbeit wurden sie von Soldaten begleitet, die den strengen Befehl hatten, beim geringsten Verdacht sofort von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Im Lager selbst herrschte völlige Willkür aller möglichen Vorgesetzten.

Das Wort „Fritz“ in der Bedeutung von „Feind“ oder „Faschist“ war der übliche Umgangston nicht nur untergeordneter und ungebildeter Menschen, sondern auch der des leitenden Personals am Arbeitsplatz.

Unter den unwürdigen Bedingungen, in Lagern zusammengepfercht, starben die Trudarmisten massenweise vor seelischer Verzweiflung, vor Hunger, Kälte und Schwerstarbeit. Die Trudarmija-Lager wurden erst einige Zeit nach dem Krieg aufgelöst.

(Quelle: „Volk auf dem Weg - Deutsche in Russland und in der GUS 1763 - 1993“. Hrsg. Kulturrat der Deutschen aus Russland e. V. und der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V.)

Dem Kriegsende und dem allmählichen Ende der Arbeitsarmee bis Ende 1947 folgte ein Dekret vom November 1948, wonach die Deutschen „auf ewige Zeiten“ in den Verbannungsorten bleiben mussten.

Erst die deutsch-sowjetischen Verhandlungen 1955 führten zu einer Veränderung der Situation. Die erniedrigende Kommandantur wurde abgeschafft; es bestand die Möglichkeit, in den wärmeren Süden zu ziehen; es gab wieder deutsche Zeitungen und Radiosendungen (ab 1956); es durften lutherische, katholische und baptistische Gemeinden gegründet werden.

1964 wurden die Russlanddeutschen dann teilweise, zumindest auf dem Papier, rehabilitiert. Unmittelbar danach kam die Bewegung für die Wiederherstellung der deutschen Autonomie ins Rollen. In Resolutionen an den Obersten Sowjet wurden die Rückkehr an die Wolga, kulturelle Erleichterungen und eine angemessene Vertretung in der Politik gefordert - jedoch ergebnislos. Nur ein sehr geringer Teil der russlanddeutschen Kinder hatte Gelegenheit, in der Schule etwa 2- 3 Stunden pro Woche Deutsch zu lernen; der Zugang zu Hochschule und Universität wurde vielen Deutschen unmöglich gemacht (nur 3% konnten damals einen Studienplatz bekommen).

Auch in den 70er und 80er Jahren waren die Autonomiebestrebungen der Russlanddeutschen nur teilweise erfolgreich. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen nach dem zweiten Weltkrieg sind Sprache und Kultur der Deutschen immer mehr verloren gegangen. Daher sahen und sehen viel Deutsche in der Ausreise in die Bundesrepublik die einzige Chance, Deutsche zu bleiben. Die Bundesregierung fühlte sich verpflichtet, für die Russlanddeutschen einzutreten, aber viele Versuche, ihnen Hilfe angedeihen zu lassen, scheiterten, weil die Sowjetregierung dies als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten ansah.

Erst im Verlauf der Politik von „Perestroika“ und „Glasnost“ und mit dem Gesetz über die Aus- und Einreise von 1987 wurde die Praxis der Ausreisegenehmigung großzügiger gehandhabt. Die Aussiedlerzahl stieg seitdem an.

ACOTHÜ e.V.

Verein der Kongolesen in Thüringen

Breitscheidstr. 1, 99086 Erfurt
Telefon 03 61 / 5 62 00 39
Mobil 01 73 / 3 85 48 68
E-Mail Luvunga@aol.com
URL <http://www.acothue.de>

**Interessenvertretung aller Kongolesen
in Thüringen**

politisch - sozial - kulturell - integrativ

Unterstützung von Initiativen

zum Asylrecht Flüchtlingsinitiativen

ABAD

**Anlaufstelle für Betroffene von rechtsextremistischen
und rassistischen Angriffen und Diskriminierungen**

Warsbergstr. 1, 99092 Erfurt, 0361-2172723, abad-ef@gmx.de
Notfallberatung 0800-2172723

Eugen Junkind

„Wir waren früher eine große Familie ...“

Am 4.9.1923 wurde ich im Dorf Fjoderovka geboren. Von 1929 bis 1937 besuchte ich eine deutsche Schule in Zetkintal. Danach habe ich bis 1939 als Hirte in einem Kolchos gearbeitet. Mein Vater wurde 1937 als Feind der Sowjetunion verhaftet. Es war eine schlimme Zeit. Ich wollte weiter zur Schule gehen oder in einem Geschäft lernen. Aber mich hat keiner genommen. Also blieb ich zuerst als Hirte im Kolchos und wurde dann in ein Kohlebergwerk zum arbeiten geschickt. Mein ältester Bruder wurde inzwischen auch verhaftet und ein halbes Jahr später (1938) erschossen. Ich habe mir im Bergwerk die Hand gebrochen und hatte eine schwere Kopfverletzung. Nach einem Jahr Arbeit im Kohlebergbau ging ich wieder nach Hause zur Mutter.

Nach dem Tod meines Bruders war ich der einzige Sohn, der meiner Mutter beistehen konnte. Und so arbeitete ich wieder im Kolchos als Hirte bis 1941.

Als der Krieg auf die Sowjetunion übergriff, wurde auch ich verhaftet und in ein Lager im Ural verschleppt. Das IFTEL-Lager lag mitten im Wald. Ein Jahr lang wurde ich gequält und immer wieder gefragt, ob ich ein Spion Deutschlands wäre und welche Verbindungen ich zu den Deutschen hätte.

Nach einem Jahr wurde mir mein Urteil mitgeteilt. „Ich bin ein gefährliches soziales Element“ hieß es, und ich wurde zu fünf Jahren verurteilt. Für mich als 18,19-jähriger begann eine sehr schwere Zeit.

Eingesperrt mit Schwerverbrechern, die uns Deutsche noch zusätzlich unterdrückten.

Besonders für ältere Menschen, die sich nicht mehr wehren konnten, bedeutete das den Tod. Ich habe dort viele sterben sehen ... Meine Schwester Nina kam als Volksfeindin in die Trudarmija und wurde wie viele andere deutsche Frauen und Mädchen unter menschenunwürdigen Bedingungen nach Sibirien deportiert und dort zu schwerster körperlicher Arbeit gezwungen. Meine andere Schwester Cäcilie und unsere Mutter wurden auch verschleppt.

1946 wurde ich mit vielen anderen aus dem Lager befreit und nach Kasachstan geschickt. Dort wohnte ich bis 1948 und arbeitete in einem Dorf als Handwerker. Erst 1948 erfuhr ich, wo meine Mutter jetzt lebte. Nachdem ich meine Mutter in Bakanas gefunden hatte, ersuchte ich um die Erlaubnis zu meiner Mutter fahren zu können. Ich bekam die Erlaubnis und bin bei ihr geblieben. Ich lernte meine Frau kennen und 1949 heirateten wir. Sie hatte am Flughafen gearbeitet und musste sofort aufhören zu arbeiten, sie hatte einen Deutschen geheiratet.

Als eine Dampfmaschine in das Dorf kam, übernahm ich die Wartung und war bis 1956 dort tätig. Jetzt konnte ich überall hinfahren. Früher wurden mir



25 Jahre Gefängnis angedroht, wenn ich gefahren wäre. 1956 bin ich in die Ukraine gefahren, in die Stadt Ilovaisk. Hier arbeitete ich bis 1962 in einem Lokomotivdepot und reparierte Dampflok. Dann wurden die Dampflok durch elektrische ersetzt. Und nun re-



parierte ich elektrische Lokomotiven bis 1983. Ich wohnte mit meiner Familie noch bis zur Übersiedlung nach Deutschland 1999 in der Ukraine.

Von 1956 bis 1985 kämpfte ich, wie viele andere, die unschuldig verurteilt worden waren, um mein Recht, um meine Rehabilitation, um wenigstens eine kleine Entschädigung für die Wegnahme unseres Eigentums, unseres Hauses zu erwirken.

1985 hielt ich dann einen kleinen Ausweis in der Hand, der mich rehabilitierte.

Wir waren früher eine große Familie. 19 Familienmitglieder wurden eingesperrt, davon kamen nur vier mit dem Leben davon. 27 Familienmitglieder wurden verschleppt. Bis heute weiß ich nicht, wo die Verwandten sind und ob sie noch leben.

Ich gehöre zu den vier Familienmitgliedern, die das Lager überlebt haben und lebe jetzt seit vier Jahren in Deutschland.

Rechtliche Grundlagen für die Eingliederung und gegenwärtige Situation der Spätaussiedler in Erfurt

Die Aufnahme der russlanddeutschen Bevölkerung ist rechtlich im Grundgesetz und in einer Reihe von Gesetzen, vor allem im Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG), verankert.

Spätaussiedler sind keine Ausländer, sondern Deutsche nach Artikel 116 Grundgesetz.

Das trifft in aller erster Linie auf diejenigen Deutschen oder Kinder von deutschen Volksangehörigen zu, welche die deutsche Sprache beherrschen, an der deutschen Nationalität und Tradition festgehalten haben, d. h. in ihrem russischen Inlandspass muss die Nationalität Deutsch stehen und sie müssen noch vor dem 1.1.1993 geboren sein. Alle, die diese Kriterien erfüllen, sind die eigentlichen Spätaussiedler nach § 4 des BVFG. Nur sie haben den legitimen Anspruch, nach Deutschland einzureisen. In ihren Aufnahmebescheiden können Ehegatten und Abkömmlinge nach § 7 BVFG und sonstige Familienangehörige nach § 8 BVFG mit einbezogen werden, die dann ebenfalls ein Recht darauf haben, nach Deutschland einzureisen. Nur Spätaussiedler § 4 BVFG müssen seit 1996 einen Sprachtest im Herkunftsland absolvieren. Der Aussiedler muss in der Lage sein, in einem Gespräch mit dem Tester über Dinge des Alltages die Fragen zu verstehen und darauf antworten können. Darüber hinaus wird sämtlichen Antragstellern ab dem 10. Lebensjahr die Möglichkeit eröffnet, einen freiwilligen (sogenannten qualifizierten Sprachtest) zur beschleunigten Einreise abzugeben.

Spätaussiedler müssen ihren Aufnahmeantrag vom Herkunftsland aus stellen. Der Antrag auf Aufnahme als Spätaussiedler wird in einem langwierigen Verfahren vom Bundesverwaltungsamt (BVA) geprüft.

Nach Prüfung ihres Antrages erhalten die Spätaussiedler einen Aufnahmebescheid, mit dem sich der Antragsteller zu einer Auslandsvertretung der BRD im jeweiligen Herkunftsgebiet begibt und ein Visum zur Einreise in die Bundesrepublik Deutschland beantragt. Auf der Grundlage des Aufnahmebescheides erhalten die Spätaussiedler dieses Visum, das die Voraussetzung für die Einreise in die BRD ist. Mit der Ankunft in Deutschland kommen sie in ein Erstaufnahmelaager des Bundes. Dort werden sie registriert und erhalten einen Registrierschein. Damit ist das Aufnahmeverfahren vorläufig abgeschlossen. Es können keine weiteren Familienmitglieder in diesem Verfahren mehr berücksichtigt werden.

In den Bundesaufnahmestellen werden sie vorläufig untergebracht und gepflegt, bis eine Umverteilung in die Landesaufnahmestellen möglich ist. Die Umverteilung in die Landesaufnahmestellen erfolgt nach einem Quotenschlüssel, der im BVFG geregelt ist. Damit wird gesichert, dass eine gleichmäßige Verteilung der aufzunehmenden Spätaussiedler und deren Familienan-

gehörigen auf die einzelnen Bundesländer entsprechend deren Bevölkerungsstärke erfolgt. In der Regel beträgt die Aufenthaltsdauer in den Erstaufnahmeeinrichtungen in der BRD ca. 14 Tage. In den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder erfolgt eine landesbezogene Registrierung und Weiterleitung an die Übergangswohnheime der Landkreise und kreisfreien Städte. Auch hier ist eine gleichmäßige Verteilung beabsichtigt, damit die aufnehmenden Kommunen in ihrem Integrationsbemühen nicht überfordert werden.

Wohnortzuweisungsgesetz

Um die Spätaussiedler gleichmäßig auf die einzelnen Bundesländer zu verteilen, wurde 1996 vom Bundestag das Wohnortzuweisungsgesetz beschlossen. Dieses sagt Folgendes aus: Die Aussiedler werden in Erstaufnahmeverfahren prozentual auf die Bundesländer verteilt. Damit diese Verteilung nicht unterlaufen wird (bei vielen besteht das Bestreben, ihren Wohnsitz dort zu nehmen, wo schon Verwandte oder Freunde wohnen), wird der Wohnort einen bestimmten Zeitraum von den Verwaltungsbehörden bestimmt. Damit soll gewährleistet werden, dass vorhandene Integrationspotentiale (das sind die Aufnahmeeinrichtungen, Sprachförderinstitute, soziale Verbände und Vereine) kontinuierlich in der Integrationsarbeit helfen können und andere Regionen nicht durch Überinanspruchnahme überfordert werden. Dieses Wohnortzuweisungsgesetz galt zunächst für zwei Jahre von 1996 bis 1998, wurde dann nochmals um zwei Jahre bis 2000 verlängert. Am 1. Juli 2000 trat das vierte Änderungsgesetz zum Wohnortzuweisungsgesetz in Kraft. Das Gesetz enthält folgende wichtige Eckpunkte: Das Wohnortzuweisungsgesetz wird bis zum 31.12. 2009 verlängert. Die Wohnortbindung wird im Einzelfall auf drei Jahre begrenzt. Die Bindungsfrist gilt sowohl für Neuankömmlinge, als auch Altfälle. Die Wohnortbindung wird zum Zweck der Arbeitssuche gelockert.

Sind Spätaussiedler in der Lage, vor Ablauf der 3 Jahre in einer anderen Region nicht nur vorübergehend Arbeit und Wohnung zu erhalten, so können sie den zugewiesenen Aufenthaltsbereich verlassen und ein selbstbestimmtes Leben führen. Diese Chance haben sie im anderen Fall erst 3 Jahre nach Ihrer Einreise (Stichtag ist das Datum des Registrierscheines).

Eine genaue Zahl der in Erfurt lebenden Aussiedler, die in den vergangenen Jahren nach Deutschland gekommen sind, lässt sich deshalb nicht ermitteln.

Gegenwärtige Situation der Spätaussiedler

Nach der Erstaufnahmeeinrichtung ist das Übergangswohnheim eine weitere Station auf dem Weg der Spätaussiedler. In Erfurt gibt es zur Zeit 7 Übergangswohnheime mit wohnungsähnlichem Charakter.

Laut Gesetz stehen pro Person 6 qm zu. Das Familienleben muss sich häufig über den Zeitraum von 15 Monaten im Wohnheim in einem einzigen Raum abspielen. Kinder von Aussiedlern gehen zur Schule, erledigen Hausaufgaben, die Kleineren brauchen Platz zum Spielen und die arbeitsfähigen Erwachsenen besuchen einen 6-monatigen Deutsch - Sprachkurs zur beruflichen Eingliederung.

Die Älteren üben sich im "Nichtstun", was ihnen nach ihrem arbeitsreichen Leben besonders schwer fällt. Alle müssen sich in dieser ersten Zeit umstellen, viel lernen und sich gleichzeitig in einer fremden Umgebung neu orientieren. Hoffnungen und Erwartungen an das Leben in Deutschland entsprechen oft nicht der vorgefundenen Realität. Viele leiden unter Heimweh. Mit der Aufnahme der Neuankömmlinge ist eine Flut von Formalitäten und eine Vielzahl von Behördenwegen zu bewältigen. Hier haben Heimleitung, Sozialbetreuer und Vereine eine schwierige Aufgabe.

Die Befragung von 105 Spätaussiedlern in Erfurt im Sommer 2000 ergab folgende Situation:

Die Erwerbssituation der Spätaussiedler weist aus, dass 45 der Befragten Sozialhilfe, 16 Personen eine Altersrente erhalten, 16 sich in einer Ausbildung oder Umschulung befinden und 9 einen Intensivsprachkurs besuchen.

Als Gründe, die Spätaussiedler bewogen haben nach Deutschland zu kommen, wurden genannt:

- Ich bin deutscher Herkunft und wollte gern in das Land meiner Vorfahren (51)
 - Die Mehrzahl meiner Verwandten leben bereits in Deutschland, ich wollte in ihrer Nähe sein (49)
 - Ich musste mit meiner Familie nach Deutschland kommen (47).
 - Ich wollte bessere berufliche Chancen für mich (35)
- Die Frage, ob sich die Wünsche in Deutschland erfüllt haben, beantwortete die Mehrzahl der Befragten mit zufriedenstellend. Ebenso hat sich die ökonomische Situation in Deutschland für die Familien verbessert. Integration ist für die Befragten erreicht, wenn:
- sie die Sprache sprechen (67)
 - die deutsche Kultur und Lebensweise kennen (47)
 - eine Arbeitsstelle haben (46)
 - eine Umschulung/Fortbildung besuchen (30).

Auf die Frage nach Zukunftswünschen antworteten die Teilnehmer:

- Arbeit,
- Beruf,
- Gesundheit,
- deutsche Sprache beherrschen

Trotzdem leben viele Spätaussiedler am Rande des Existenzminimums. Solange sie in Übergangswohnheimen wohnen, kann mit sozialpädagogischer Unterstützung Hilfe in Anspruch genommen werden. Nach Umzug in eigene Wohnungen ziehen sie sich vom oft Ansprechpartner zurück und leben isoliert.

Sergei Stukin

„Ich schrieb etwa 100 Bewerbungen als Arzt.“

Auf Befehl von Katharina der Großen siedelten meine Urvorfahren in die Ukraine um. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden alle meine Verwandten nach Kasachstan



verschleppt, wo ich auch im Jahre 1961 in Karaganda zur Welt kam. Zu dieser Zeit war die Kommandantur vorbei und den Deutschen wurde erlaubt Hochschulen zu besuchen. Dadurch absolvierte mein Vater das medizinische Institut und wurde nach Zelinograd geschickt. 1978 machte ich meinen Abschluss in der Gesamtschule. 1984 bekam ich mein Arztdiplom. Seitdem arbeitete ich als Urologe, bis ich nach Deutschland kam.

Als ich mit meiner Familie in Deutschland ankam, wohnten wir in der kleinen Stadt Bad Brückenau, in der ich meinen Sprachkurs absolvierte. Ich schrieb etwa 100 Bewerbungen als Arzt. Doch ohne Erfolg. Durch Zufall lernte ich den Allgemeinmediziner Dr. Hildmann kennen, bei dem ich 15 Monate lang kostenlos arbeitete, um meine Approbation zu bekommen. Danach musste ich wieder Bewerbungen schreiben. Ich hatte Glück. 1998 bekam ich eine Stelle im Katholischen Krankenhaus hier in Erfurt. Nach der Facharztprüfung beschloss ich meine eigene Praxis aufzumachen. Seit September 2001 bin ich ein niedergelassener Urologe. In meiner Praxis sind 2 Arzthelferinnen und eine Umschülerin beschäftigt. Meine Arbeit gefällt mir, doch niedergelassen zu sein heißt: GEDULD, MÜHE UND ZEIT!

Svetlana Spannagel

„Seit Juni 1999 bin ich Mitglied der CDU-Fraktion im Stadtrat ...“



Am 14. Oktober 1945 bin ich in Pawlodar geboren. In einer kleinen Stadt in Kasachstan, einem Verbannungsort für Russlanddeutsche, bin ich in meiner deutschstämmigen Familie aufgewachsen. Alle Russlanddeutschen durften bis 1977 den Verbannungsort Kasachstan nicht verlassen.

Mit großer Anstrengung schaffte ich es, an einer Pädagogischen Hochschule zu studieren, denn für Deutsche war es nicht einfach eine höhere Berufsausbildung zu erlangen. Als Diplompädagogin und Philologin arbeitete ich seit 1967 an einer Schule. Ich bin verheiratet, habe drei Kinder und vier Enkel. Seit September 1994 lebe ich in Erfurt. Mein neuer Start stand zunächst unter keinem guten Stern. Wegen ei-

ner schweren Erkrankung musste ich ein halbes Jahr im Krankenhaus verbringen. Aber schon im August 1995 gründete ich die Ortsgruppe der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. und wurde deren Vorsitzende. Seither engagiere ich mich für die Interessen und Probleme der Spätaussiedler in Erfurt.

Ich möchte mich für die Belange aller Bürger in Erfurt einsetzen; deshalb habe ich mich im Juni 1999 zur Wahl für den Stadtrat gestellt.

Seit 1999 bin ich Mitglied der CDU-Fraktion im Stadtrat und Mitglied im Ausschuss für Gleichstellung und Soziales.

Die Integration und Anerkennung aller Menschen, die aus dem Ausland nach Erfurt kommen, hier leben und arbeiten wollen, stehen für mich im Vordergrund. Diesen persönlichen Herzenswunsch kann ich bei meiner täglichen Arbeit als Sozialpädagogin und als Betreuerin für Jugendliche aus Osteuropa im Migrationszentrum des THEPRA Landesverband Thüringen e. V. umsetzen.

Institut für Interkulturelle Kommunikation Weimar-Erfurt



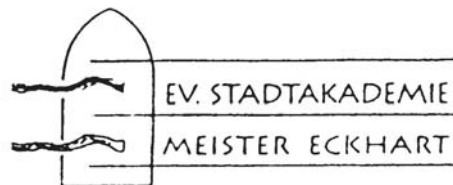
Eislebener Straße 1
99086 Erfurt
Tel. (03 61) 746 71 67
Fax (03 61) 746 71 79

Ansprechpartner: Frau Peisker

Sprachkurse Deutsch, Sprachintensivkurse für Jugendliche, Integrations Sprachkurse mit qualifiziertem Schulabschluss, Berufsintegrationskurse, Wirtschaftsdeutsch für den Beruf, Internationale Projekte



Interessante Abende für Sie!



Leiter: Dr. Aribert Rothe * Mitarbeiterin: Marion Körner
Büro im Augustinerkloster Comthurgasse 7, 99084 Erfurt
Tel. 0361 / 57 66 038 Fax 0361 / 57 66 094

E-Mail: EEBTstadtakademieEF@gmx.de www.eebt.de
EVANGELISCHE ERWACHSENENBILDUNG THÜRINGEN

Evangelischer Kirchenkreis Erfurt Büro für ausländische Mitbürger

Ausländerbeauftragte Ausländersozialberatung



- Beratung von Flüchtlingen
- Beratung von ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen
- Durchführung von Deutsch- u. Frauenintegrationskursen

Hans-Sailer-Straße 57
99089 Erfurt

Tel.: 0361 / 7 50 84 22 - 23 E-Mail: info@auslaenderberatung-erfurt.de
Fax: 0361 / 7 50 84 24 Internet: www.auslaenderberatung-erfurt.de

Internationaler Bund

Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit
**Jugendgemeinschaftswerk Erfurt/
Jugendmigrationsdienst (JMD)**

99085 Erfurt
Iderhoffstrasse 4
Beratung, Hilfe, Sprachkurse,
Freizeiten für Jugendliche

- Sprache
- Schule
- Beruf
- Arbeit

Bei uns wird auch russisch gesprochen
Ansprechpartnerin: Alice Lot
Tel.: 0361/6029723
Fax: 0361/55048235
Mail: Alice.Lot@internationaler-bund.de



Jugendliche Migranten

Burygina Tatiana, 22 Jahre

Ich bin noch nicht ganz zwei Jahre in Deutschland. Ich bin noch ledig. Ich komme aus Russland mit meiner Mutter und meinem Bruder. Aber ich lebe allein. Jetzt lerne ich die deutsche Sprache. Mein Beruf in Russland war Köchin. Und hier will ich meinen Beruf bestätigen. Und vielleicht später will ich noch Kosmetikerin lernen. Und dann möchte ich arbeiten.

Dmitrij Gnojewoi

Ich komme aus Pavlodar in Kasachstan. Seit dem 10.6.2002 bin ich mit meiner Familie in Deutschland. Meine Frau ist Krankenschwester von Beruf. Wir haben eine wunderschöne Tochter. Am 4. August wird sie 3 Jahre. Sie heißt Milana. Zur Zeit beende ich einen Sprachkurs beim IB in Erfurt. Danach will ich an der Fachhochschule Nordhausen in der Fachrichtung „Gesundheits- und Sozialwesen“ studieren. Gute Sprachkenntnisse sind eine absolute Voraussetzung, um ein Studium gut zu machen.

Elena Ponteleewa, 18 Jahre

Zwei Jahre lebe ich mit meinen Eltern und meiner Schwester in Deutschland. Ich habe den Hauptschulabschluss in Deutschland gemacht. Ich hatte zwei Wochen Praktikum in der Physiotherapie. Jetzt habe ich einen Sprachkurs und dann will ich einen Beruf lernen.

Irina Graf, 17 Jahre

Ich bin mit meiner Familie vor 5 Monaten nach Deutschland gekommen. Hier lerne ich die deutsche Sprache. Ich lebe jetzt mit meinen Eltern und Schwestern. Ich habe noch keine Arbeit. Meine Pläne sind weiter zu lernen.

Dimitri Lapenko, 25 Jahre

Ich bin mit meiner Familie vor 12 Monaten nach Deutschland gekommen. Jetzt lerne ich 6 Monate Deutsch. Danach will ich einen Beruf erlernen.



Karina Muradjan

Ich habe die armenische Staatsbürgerschaft. Ich habe drei Söhne. Sie sind elf, zehn und vier Jahre alt. Ich wohne in Erfurt. Vor einem Jahr hatte ich nur einen Wunsch - deutsch zu lernen. Jetzt kann ich deutsch, weil ich beim IB ein Jahr gelernt habe. Aber jetzt habe ich nur einen Wunsch, einen Beruf zu lernen und eine gute Arbeit zu finden. Die Kinder haben alle Möglichkeiten und alle Wege, eine gute Zukunft für sich zu finden. Deutschland hat alle Wege für eine gute Zukunft eröffnet, und ich bin bereit, ihnen zu helfen. Ich danke Ihnen von ganzen Herzen.

Olga Tscherepanov, 26 Jahre

Ich bin Ausländerin. Ich komme mit meiner Familie, meinem Mann und meiner Tochter aus Russland. Ich bin in Kasachstan, in der Stadt Kustanaj geboren. In Kasachstan studierte ich an der Fachschule. Ich bin Buchhalterin von Beruf. In Deutschland sind wir schon ein Jahr. Der Sprachkurs am IB hat mir sehr geholfen und meine Sprachkenntnisse sehr erweitert. Jetzt möchte ich gerne in meinem Beruf eine Ausbildung bekommen und danach eine Fortbildung machen. In der Zukunft will ich selbstständig sein. Ich habe eine kleine Tochter, sie ist jetzt 4 Jahre alt. Ich muss ihr helfen und für sie sorgen, weil sie noch nicht alles kennt.



Evgenia Stepanova, 20 Jahre

Ich bin mit meiner Familie vor 7 Monaten nach Deutschland gekommen. Zur Zeit lerne ich in einem Sprachkurs beim IB in Erfurt. Später möchte ich noch den Beruf Kosmetikerin lernen. In der schönen Stadt Erfurt möchte ich am liebsten bleiben.

Wladimir Gerus, 25 Jahre

Ich und meine Familie wohnen 10 Minuten von Erfurt entfernt. Beim IB in Erfurt absolviere ich einen Sprachkurs. Danach möchte ich den Beruf Mechaniker oder Kraftfahrer lernen. Am liebsten möchte ich in Thüringen bleiben.

Evgenia Sosnovskich, 21 Jahre

Ich bin mit meiner Familie vor 16 Monaten aus Russland nach Deutschland gekommen. Ich lerne Deutsch. Ich mache einen Sprachkurs im IB. Mein Vater hat Arbeit vom Sozialamt bekommen. Weiter will ich den Führerschein machen und dann möchte ich ein neues Auto kaufen.

Alexander Tenenbaum, 22 Jahre

Ich komme aus Russland, aus Togliatti. Ich bin hier mit meiner Mutter, meinem Vater, meinem Bruder. In Russland war ich Student. Ich habe den Realschulabschluss und das Abitur. Ich habe leider noch keine Arbeit. Meine Frau lebt noch in Russland. Ich will arbeiten und Geld verdienen, damit meine Frau auch hierher kommen kann. Mir geht es schlecht ohne meine Frau. Jetzt habe ich den Sprachkurs in Erfurt und danach werde ich Arbeit suchen.

Juri Cernovol, 22 Jahre

Sechs Monate sind meine Frau und ich in Heiligenstadt. Jetzt lerne ich in einem Sprachkurs beim IB in Erfurt. Danach möchte ich den Beruf eines Automechanikers lernen. Später will ich in der Stadt Heiligenstadt wohnen bleiben.

Interview mit Herrn Bernd Winkler

Beigeordneter für Jugend, Bildung, Soziales und Gesundheit der Landeshauptstadt Erfurt

Welchen Beitrag zur Integration von Migrantinnen und Migranten leistet die Stadt Erfurt, was leisten die Vereine? Auf welche Erfahrungen können Sie zurückgreifen?

In der Thüringer Landeshauptstadt Erfurt leben Zugewanderte aus vielen Nationen der Welt. Unter ihnen sind Spätaussiedler und ihre Angehörigen, jüdische Kontingentflüchtlinge, Ausländer und Asylbewerber. Die Integration der Ausländer und Aussiedler ging in den vergangenen Jahren auf vielen Feldern gut voran. Sie ist als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu betrachten, die nicht allein von der Stadtverwaltung getragen werden kann, sondern die Bereitschaft und Mitwirkung aller Beteiligten voraussetzt. Mit dem 1999 als erstes Modellprojekt des Bundesinnenministeriums gegründeten „Netzwerk zur Integration für Spätaussiedler, Migranten und Bürger der Landeshauptstadt Erfurt“ ist eine Organisationsform gelungen, die alle am Integrationsprozess beteiligten Behörden, Institutionen, Vereine, Firmen und Migrantenorganisationen zusammengeführt hat. Nach vierjähriger Zusammenarbeit im Netzwerk kann eine überaus erfolgreiche Bilanz gezogen werden. So wurde u. a. auf der Grundlage einer aktuellen Bedarfsermittlung eine Übersicht zu Integrationsangeboten für einzelne Zielgruppen erarbeitet, die Serviceleistungen verbessert, die Beratung kompetenter gestaltet und die Selbsthilfe der Migranten gefördert.

Das Erfurter Netzwerk für Integration, in Trägerschaft des Internationalen Bundes e. V., Jugendgemeinschaftswerk Erfurt konnte für seine vorbildliche Arbeit mehrmals ausgezeichnet werden, u. a. als Preisträger im 4. Bundeswettbewerb „Vorbildliche Integration von Aussiedlern - neue Modelle zur wohnumfeldbezogenen Eingliederung junger Aussiedler unter Einbeziehung anderer Zuwanderungsgruppen“ im Jahr 2001, sowie mit der Ehrenurkunde des Bundespräsidenten als „Besondere Anerkennung für vorbildliches Engagement bei der Integration von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland“ im Jahr 2002.

Welche Probleme sind bei der Integrationsarbeit zu bewältigen?

Die Integration der neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist ein langfristiger Prozess, zu dem jeder in unserer Stadt Erfurt einen Beitrag leisten kann. Auch wenn wir über viel Positives berichten können, so darf trotzdem nicht verkannt werden, dass der Integrationsprozess auch Probleme mit sich bringt. Ich halte es für außerordentlich wichtig, die Bevölkerung über die Lebenssituation und die Bedürfnisse der Zugewander-



ten zu informieren und Kontakte zwischen Einheimischen und „Fremden“ herzustellen. Das alles dient dem Abbau von Vorurteilen, von Fremdheitsgefühlen, Ungleichgültigkeit oder Ängsten. Ein Problem sehe ich auch bei der Integration in das Arbeitsleben, wenn die deutschen Sprachkenntnisse nicht ausreichen. Hier gilt es zukünftig noch stärker den Hebel anzusetzen. Vor allem müssen wir den Jugendlichen gute schulische und berufliche Bildung vermitteln, um ihnen die Qualifikation für das Arbeitsleben mit auf den Weg zu geben.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft, damit es noch besser gelingt, diese Menschen in unsere Gesellschaft einzugliedern?

Migration und Integration gewinnen vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung, der demografischen

Entwicklung und der zunehmenden Globalisierung der Wirtschaft immer mehr an Bedeutung. Wir leben in einer Gesellschaft, in der eine Vielzahl von Lebensstilen und Lebensentwürfen nebeneinander existieren. Integration kann und darf daher nicht Assimilation bedeuten. Darunter ist vielmehr der Prozess der Verständigung über die gemeinsamen Grundlagen und Regeln des Zusammenlebens in einem Gemeinwesen zu verstehen. Integration stellt somit einen gesellschaftlichen Prozess dar, der nicht zum Abschluss kommen wird, sondern immer wieder neu aufgegriffen und gefördert werden muss. Integration richtet sich daher nicht allein an die Migranten, sondern bezieht sich letztlich auf die gesamte Bevölkerung in unserer Gesellschaft. Gesellschaftliche Integration setzt vor allem die wechselseitige Akzeptanz und Toleranz zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen sowie die Chancengleichheit bzw. Gleichberechtigung in allen wichtigen Bereichen von Gesellschaft und Wirtschaft voraus. Integrationspolitik muss immer als Querschnittsaufgabe verstanden werden.

Wer sind die Ausländer, warum und woher kommen sie?

Allgemeine Informationen und gesetzliche Grundlagen

Die über 7,3 Millionen Ausländer, die sich in Deutschland aufhalten, sind statistisch und soziologisch gesehen ein extrem heterogener Teil der Gesamtbevölkerung, den zunächst nichts anderes verbindet als die nichtdeutsche Staatsangehörigkeit. Tatsächlich aber ist die Lebenssituation der verschiedenen Teilgruppen ausgesprochen unterschiedlich: ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien, Erwerbstätige, Senioren und Jugendliche, Studierende und Praktikanten, Flüchtlinge und Asylbewerber, nicht zuletzt die vielen nationalen Gruppierungen - allein diese wenigen Merkmale kennzeichnen die große Vielfalt, die sich hinter der Bezeichnung „Ausländer“ verbirgt.

Für viele von ihnen, vor allem für die Angehörigen der zweiten und dritten Generation ist Deutschland längst zur „Heimat“ geworden. „Ausländer“ ist ein Begriff, der vor allem für diese Gruppe immer weniger passt. Aus diesem Grunde wird in verschiedensten Abhandlungen der Begriff „Migrant“ gebraucht. In den vorliegenden Informationen wird aus Verständnisgründen der Begriff „Ausländer“ verwendet.

Dies darf jedoch nicht dazu führen, Fremde schlicht als homogene Gruppe zu betrachten. Die ethnische, kulturelle und religiöse Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung erscheint hier in Thüringen, und so auch in der Landeshauptstadt Erfurt, weniger sichtbar als beispielsweise in Hessen, doch soll die Informationsbroschüre auch etwas von der multikulturellen Vielfalt in unserer Stadt ahnen lassen.

Nach der Wende in den Jahren 1989/1990 verließen viele Ausländer Erfurt. Hauptsächlich waren es jene Vertragsarbeitnehmer aus Regierungsabkommen, deren Verträge ausgelaufen waren oder die durch den Verlust des Arbeitsplatzes vorzeitig aus den Verträgen entlassen wurden und in ihr Heimatland zurückkehrten. Im Jahr 1991 lebten lediglich 1.936 Ausländer in Erfurt, das entsprach weniger als 1 % Anteil der Bevölkerung. In den Jahren von 1990 bis heute ist ein allmählicher Zuwachs der ausländischen Wohnbevölkerung in der Stadt Erfurt zu verzeichnen. Es sind Bürger aus den Staaten der Europäischen Union, jüdische Emigranten aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, ausländische Mitbewohner aus den alten Bundesländern, Asylbewerber, Verwandte im Familiennachzug und Familiennachwuchs hinzugekommen.

Der vergleichsweise geringe Anteil der in den neuen Bundesländern lebenden Ausländer lässt sich auf die Politik der Abschottung der ehemaligen DDR zurückführen. Der Zuzug von Ausländern war nur außerordentlich begrenzt möglich. In den 60er und 70er Jahren wurden Arbeitskräfteabkommen mit den unterschiedlichsten Ländern abgeschlossen, welche einen Daueraufenthalt für die oft viele Jahre beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer ausschlossen. Eine weitere Möglichkeit für einen begrenzten Aufenthalt stellte der Studentenaustausch dar. Nur in seltensten Fällen und fast nur durch Eheschließung mit einem DDR-Bürger erlangte dieser Personenkreis ständigen Aufenthalt.

Insgesamt 4.688 Ausländer waren am 31. Dezember 2002 mit Hauptwohnsitz in der Stadt Erfurt gemeldet. Das entspricht einem Anteil von 2,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Im Vergleich mit anderen ostdeutschen Landeshauptstädten hat Erfurt den geringsten Ausländeranteil. In allen ostdeutschen Landeshauptstädten (ohne Berlin) liegt er deutlich niedriger als in den westdeutschen Landeshauptstädten mit durchschnittlich über 16 Prozent Ausländeranteil.

36,5 Prozent der mit Hauptwohnsitz in Erfurt gemeldeten Ausländer gehören den drei größten Staatsangehörigkeitsgruppen Vietnam, Russische Föderation und Ukraine an. Seit 1991 stellen die Vietnamesen die größte Ausländergruppe.

Im Zuge der Regelung des Freizügigkeitsrechtes in der Europäischen Union (Vertrag von Maastricht /November 1993) erhöhte sich die Zahl der in Erfurt lebenden Unionsbürger von 35 im Jahr 1991 auf 564 im Jahr 2002.

Das Leben der ausländischen Bevölkerung wird maßgeblich beeinflusst durch Gesetze und Verordnungen, die auf die deutsche Bevölkerung keinen Einfluss haben, z. B.

- Ausländergesetz (AuslG)
- Arbeitsgenehmigungsverordnung (ArGV)
- Gesetz über Einreise und Aufenthalt von Staatsangehörigen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (AufenthG/EWG)
- Genfer Flüchtlingskonvention (GK)
- Asylverfahrensgesetz (AsylVfG)
- Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Eine wichtige Voraussetzung für die soziale Integration der Ausländer in die bundesdeutsche Gesellschaft ist der sichere rechtliche Status. Das Ausländergesetz differenziert den Aufenthaltsstatus entsprechend dem Zweck des jeweiligen Aufenthalts:

- Die *Aufenthaltsbewilligung* ist eine Aufenthaltsgenehmigung, die den Aufenthalt auf einen ganz konkreten Zweck beschränkt. Nach Wegfall dieses Zwecks müssen Ausländer die Bundesrepublik grundsätzlich wieder verlassen. So erhalten ausländische Studierende, die aus entwicklungspolitischen Gründen in der Bundesrepublik studieren, auf Antrag eine Aufenthaltsgenehmigung, die einen Aufenthalt nur zur Durchführung des Studiums zulässt.

- Die *befristete Aufenthaltserlaubnis* ist eine Grundlage für einen Daueraufenthalt. Mit Zunahme der Aufenthaltsdauer verfestigt sich der Aufenthalt.
- Die *unbefristete Aufenthaltserlaubnis* ist die erste Stufe der Verfestigung des Aufenthalts. Unter weiteren Voraussetzungen kann sie nach fünfjährigem Besitz der befristeten Aufenthaltserlaubnis beantragt und erteilt werden.
- Die *Aufenthaltsberechtigung* ist im Rahmen des Ausländergesetzes der beste und sicherste Aufenthaltsstatus. Sie kann unter weiteren Voraussetzungen nach achtjährigem Besitz einer Aufenthaltserlaubnis auf Antrag erteilt werden.
- Die *Aufenthaltsbefugnis* ist ein Aufenthaltsstatus, der insbesondere aus humanitären Gründen erteilt wird. Die Verlängerung der Aufenthaltsbefugnis hängt grundsätzlich davon ab, dass die humanitären Gründe weiter bestehen. Nach achtjährigem Besitz einer Aufenthaltsbefugnis kann eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.
- Die *Duldung* ist keine Aufenthaltsgenehmigung, sondern hat nur den Inhalt, dass der Staat auf eine Abschiebung der Ausländer verzichtet, wenn ein Ausländer nicht abgeschoben werden kann, weil dem rechtliche oder tatsächliche Hindernisse entgegenstehen.
- Die *Aufenthalts-gestattung* ist der Aufenthaltsstatus, den Asylbewerber zur Durchführung des Asylverfahrens in der Bundesrepublik auf Antrag erhalten. Werden Asylbewerber als Asylberechtigte im Sinne des Artikel 16 Grundgesetz anerkannt, erhalten sie eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis; werden sie als Flüchtling im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt, erhalten sie eine Aufenthaltsbefugnis.
- Für Angehörige der Europäischen Union gilt das Aufenthaltsgesetz/EWG, das den Bürgern der Europäischen Union eine weitgehende Freizügigkeit einräumt. Sie erhalten auf Antrag die *Aufenthaltserlaubnis-EG*.

Hinsichtlich der erteilten Aufenthaltstitel und des Grades der Aufenthaltsverfestigung ergibt sich folgende Situation: Über einen unbefristeten Aufenthalt verfügen 41% aller ausländischen Einwohner.

Eine befristete Aufenthaltserlaubnis bzw. eine Aufenthaltsbefugnis besitzen 44%. Damit ist der Aufenthalt von 85% aller ausländischen Einwohner in Erfurt auf Dauer angelegt, knapp 6% verfügen über eine Aufenthaltsbewilligung, knapp 10% sind Flüchtlinge im Asylverfahren oder werden lediglich geduldet.

*Zahlenangaben: Ausländerbehörde Erfurt
Amt für Sozial- und Wohnungswesen*

Zugang zum Arbeitsmarkt

Der Zugang von Ausländern zum Arbeitsmarkt unterliegt gesetzlichen Regelungen. Rechtsgrundlage sind das am 1.1.1998 in Kraft getretene Sozialgesetzbuch III (SGB III) sowie die Arbeitsgenehmigungsverordnung (ArGV) vom 25.9.1998. Es gilt der Grundsatz, dass Ausländer eine Beschäftigung nur mit Genehmigung des Arbeitsamtes ausüben und von Arbeitgebern nur beschäftigt werden dürfen, wenn sie eine solche Genehmigung besitzen. Von der Genehmigungspflicht befreit sind Bürger der Europäischen Union und Ausländer mit einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis oder einer Aufenthaltsberechtigung.

Eine *Arbeitsberechtigung* wird erteilt bei Vorliegen einer Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsbefugnis, wenn 5 Jahre rechtmäßig eine versicherungspflichtige Beschäftigung im Bundesgebiet ausgeübt wurde oder wenn 6 Jahre ununterbrochener Aufenthalt im Bundesgebiet nachgewiesen wird. Die Arbeitsberechtigung wird unbefristet, ohne betriebliche, berufliche oder regionale Beschränkung erteilt.

Die *Arbeitserlaubnis* kann erteilt werden, wenn sich keine nachteiligen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt ergeben, wenn zur Vermittlung keine deutschen oder ihnen gleichgestellte ausländische Arbeitnehmer zur Verfügung stehen und wenn ausländische Arbeitnehmer nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen beschäftigt werden. Die Arbeitserlaubnis kann nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes erteilt werden. Sie kann befristet und auf bestimmte Betriebe, Berufsgruppen und Wirtschaftszweige beschränkt werden.

Ab Januar 2001 ist eine Neuregelung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber in Kraft getreten. Die Arbeitsgenehmigungsverordnung wurde dahingehend verändert, dass Asylbewerber und geduldete Ausländer nach 1 Jahr Wartefrist eine Arbeitserlaubnis erhalten können, wenn keine bevorrechtigten Arbeitnehmer - Deutsche, Unionsbürger und gleichgestellte Ausländer - auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Etwa 5 % der in Erfurt gemeldeten Betriebsstätten werden von ausländischen Personen betrieben. Schwerpunkt bei der Ausübung der Gewerbetätigkeit durch ausländische Personen bilden der Bereich Gastronomie, Groß- und Einzelhandel sowie das Reise-gewerbe.

In der ersten Hälfte des Jahres 2000 hat die Bundesregierung in Abstimmung mit der Wirtschaft ein Sofortprogramm zur Deckung des IT-Fachkräftebedarfs verabschiedet. Dieses knüpfte an die "Offensive zum Abbau des IT-Fachkräftemangels" des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit vom Juli 1999 an und sieht vor, bis zum Jahr 2005 zusätzlich 250.000, überwiegend inländische Arbeitnehmer für den IT-Bereich zu qualifizieren. Da der kurzfristige Bedarf an Fachkräften noch nicht allein mit inländischen Bewerbern gedeckt werden kann, wurde gleichzeitig die Zulassung von bis zu 20.000 ausländischen IT-Ex-

perten vorgesehen. Die dazu notwendigen Verordnungs-Regelungen 36 sind am 1. August 2000 in Kraft getreten. Diese - auch als "Green Card" bekannten - Regelungen ermöglichen es ausländischen, aus Ländern außerhalb des europäischen Wirtschaftsraumes stammenden Fachkräften der Informationstechnologie, in Deutschland zeitlich befristet (bis zu 5 Jahre) zu arbeiten.

Staatsangehörigkeitsrecht

Zum 1.1.2000 trat das neue Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) in Kraft. Bis dahin galt ausschließlich das Abstammungsprinzip. Ein Kind wurde grundsätzlich mit Geburt Deutscher, wenn zumindest ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit besaß. Hieran ändert sich durch das neue Recht nichts.

Ergänzend gilt jedoch: Kinder ausländischer Eltern, die jetzt in Deutschland geboren werden, sind unter bestimmten Voraussetzungen mit der Geburt - automatisch - Deutsche.

Die Voraussetzungen dieses Geburtserwerbes sind:

- Geburt des Kindes in Deutschland,
- ein Elternteil hat zum Zeitpunkt der Geburt seit mindestens acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland,
- Das Elternteil besitzt eine Aufenthaltsberechtigung oder seit mindestens drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis.

Diese Kinder werden mit Geburt deutsche Staatsangehörige mit allen Rechten und Pflichten. Es gilt jedoch

das sogenannte „Optionsmodell“: Die Kinder, die nach der gerade dargestellten Regelung mit Geburt deutsche Staatsangehörige geworden sind, werden mit der Geburt in den meisten Fällen (abhängig von der Rechtsordnung des anderen Staates) nach dem Abstammungsprinzip gleichzeitig die Staatsangehörigkeit der Eltern erwerben. Diese Kinder sollen sich nach Volljährigkeit entscheiden, ob sie die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit behalten wollen.

Für alle Menschen, die nicht bereits durch Geburt Deutsche sind, die aber Deutsche werden wollen, etwa weil sie sich dauerhaft in Deutschland niedergelassen haben, ist die Einbürgerung der Weg zur deutschen Staatsangehörigkeit. Im Unterschied zum gerade erläuterten Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt erfolgt eine Einbürgerung nicht automatisch. Sie setzt vielmehr immer einen Antrag der Betroffenen voraus. Hier wird nach Anspruchseinbürgerung und Ermessenseinbürgerung unterschieden. Ein Anspruch auf Einbürgerung besteht nach dem Ausländergesetz grundsätzlich, wenn wesentliche Bedingungen erfüllt sind, z. B. 8 Jahre rechtmäßiger gewöhnlicher Aufenthalt, Sicherung des Lebensunterhaltes, Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit, Kenntnisse der deutschen Sprache, Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes. Unter bestimmten Voraussetzungen kann eine Ermessenseinbürgerung im Einzelfall möglich sein. Ermessen bedeutet dabei, dass der Behörde ein gewisser Entscheidungsspielraum bleibt.

Deutscher werden

Du fragst mich,
warum ich es nicht werden will,
ohne mir zu sagen,
warum ich es werden soll.
Ich soll werden,
was ich nie war
und nicht mehr sein,
was ich wurde.
Wie kann ich es werden,
ohne zu wollen,
ohne zu können?
Sein und nicht mehr sein,
was werden wollen und es nie werden.
Das ist wirklich keine Frage!
Manuel Campos

Manuel Campos ist zuständig für die Abteilung Ausländische Arbeitnehmer beim Vorstand der IG Metall

Jüdische Zuwanderer aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion

Geschichtlicher Hintergrund

Erste verlässliche Quellen, die eine jüdische Bevölkerung im Kiewer Russland dokumentieren, stammen aus dem 11. Jahrhundert. Die Judenverfolgung bei den Kreuzzügen, sowie auch die Verfolgung im 14. Jahrhundert anlässlich der großen Pest und die Vertreibung aus den Städten 1458 veranlassten viele deutsche Juden (die sogenannten Aschkenasim), nach Osteuropa, vor allem nach Polen und Litauen, zu flüchten. Ein Großteil ging nach Klempolen/Galizien. Von da aus verbreiteten sie sich dann nach Osten, nach Russland. Mit den zuwandernden Aschkenasim hielt auch deren Sprache, aus Deutschland verpflanzt, ihren Einzug und wurde heimisch. Die Sprache heißt „Jiddisch“, ein Mittelhochdeutsch, das in den Tagen, als der Bau des Kölner Doms begann, in den jüdischen Vierteln am Mittelrhein erklingen war. Sie wurde - vermischt mit hebräischen und später slawischen Wörtern - zur Sprache aller jüdischen Gemeinden im Osten. Auch die Namen vieler russischer Juden zeugen davon, dass sie die Nachfahren von den vertriebenen deutschen Juden sind: Liebermann, Friedmann, Feldmann, Michelson, Ehrlich, Berlin usw. Einen erheblichen Zuwachs erfuhr die jüdische Bevölkerung 1772 - 1795, als Teile Ostpolens unter zaristische Herrschaft fielen.

Im Gegensatz zu den Staaten Westeuropas ist den Juden im zaristischen Russland die staatsbürgerliche Gleichstellung versagt geblieben. Vielmehr wurden in Laufe des 19. Jahrhunderts rund 140 Gesetze erlassen, die zur Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung beitrugen. Sie durften sich nicht im Inneren Russlands ansiedeln, sondern sie mussten sich in einem abgegrenzten Teil des annektierten Gebietes, dem sogenannten „Siedlungsgebiet“, niederlassen.

Ab 1827 mussten 10% der männlichen jüdischen Bevölkerung 25 Jahre Militärdienst leisten. Jüdische Kinder wurden schon ab dem 12. Lebensjahr rekrutiert und zur Konversion gedrängt. Ab 1880 war den Juden sowohl die Ansiedlung auf dem Lande, als auch das Erwerben weiteren Grundbesitzes verboten. Für Juden galt der Numerus clausus an den Hochschulen, bei der Anstellung etc.

Die zeitweise mittelalterlich anmutende Verfolgungstimmung ließen die Juden zu verschiedenen Lösungsmöglichkeiten greifen, eine davon war die Emigration. Zwischen 1891 und 1910 emigrierten ca. 1 Million Juden nach Amerika, Zehntausende nach Kanada, Europa, Australien etc.

Die Mehrheit der verbliebenen 5 Millionen Juden unterstützte die russische Revolution, die 1917 Rechtsgleichheit versprach. Die nationale Gleichberechtigung und das Ende des Antisemitismus blieben jedoch ein Traum. Unter Stalin ging die antijüdische Tradition mit Schauprozessen, Morden, Sprachverbot und der

Schließung jüdischer Schulen und Synagogen weiter. Die Sowjetunion führte eine unausgewogene Politik gegenüber den Juden.

Erst die Politik Michail Gorbatschows brachte ein Stück Selbstbestimmung und Meinungsfreiheit für Juden mit sich, aber ebenso für Rechtsradikale, Nationalisten und Neo-Kommunisten. An offizielle Ausgrenzung und den „kleinen alltäglichen“ Antisemitismus hatten sich die meisten Juden gewöhnt. Dass antisemitische Diskriminierungen keine strafrechtlichen Konsequenzen und rechtsradikale Gruppierungen gerade unter Angehörigen der Miliz und jungen Menschen zahlreiche Anhänger haben, rief jedoch neue Ängste hervor und den Wunsch, dieses Land zu verlassen.

Bereits in den 60er Jahren hatten Juden in aller Welt unter dem Slogan „Let my people go“ die freie Ausreise für sowjetische Juden gefordert. Mit den veränderten Beziehungen zu den USA stieg die Zahl der Ausreisegenehmigungen nach Israel und erreichte ihren vorläufigen Höchststand 1973 mit fast 35.000 Ausreisen. Nach einer Zeit der Beschränkung der Auswanderung verstärkte sie sich ab 1987 und gipfelte 1990 in 171.000 Ausreisen. Da es bis 1989 keine Direktflüge nach Israel gab, reisten die ausgebürgerten Juden meist über Wien oder Rom; seit 1972 entschieden sich immer mehr Migranten, unterwegs ihr Reiseziel zu ändern. Nun konnten sie nach Kanada, Australien und vor allem in die USA weiterreisen. Die klassischen Einwanderungsländer USA und Israel stehen bei den Juden in der ehemaligen Sowjetunion noch immer an erster Stelle der „Wunschliste“ für eine Auswanderung; ein Teil von ihnen kommt nun jedoch nach Deutschland.

Anfang der 90er Jahre bekannte sich die damalige DDR-Regierung unter Lothar de Maizière zu einem neuen Verständnis der eigenen Vergangenheit. Darauf beruhte die Initiative, auswanderungswilligen jüdischen Bürgern aus der ehemaligen Sowjetunion die DDR als Einwanderungsalternative anzubieten.

So kamen die ersten sowjetischen Juden bereits 1990 in Berlin an, von wo aus sie in die Bezirke der damaligen DDR verteilt wurden. Die aus fast allen Teilen der ehemaligen Sowjetunion gekommenen Zuwanderer brachen über Nacht ein Tabu der Nachkriegsgeschichte: das „Land ohne Juden“ wurde zum Einwanderungsziel, „russische“ Juden schienen den Jüdischen Gemeinden eine Zukunftsperspektive zu bieten. Der ehemalige Vorsitzende der jüdischen Gemeinde zu Berlin und Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Heinz Galinsky, der sich eine Wiederbelebung der durch den Holocaust fast gänzlich vernichteten jüdischen Gemeinden in Deutschland vorstellte, trug dazu bei, dass über die Aufnahme jüdischer Emigranten positiv entschieden wurde.

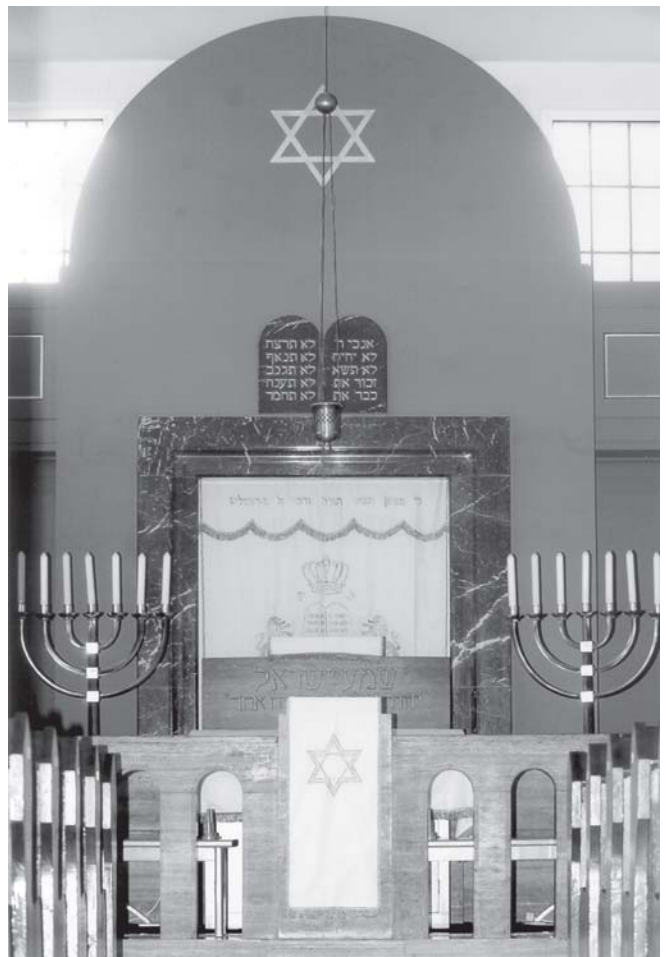
Nach der Wiedervereinigung beschlossen die Ministerpräsidenten der Länder in ihrer Konferenz vom 9.1.1991 die Fortsetzung der Aufnahme jüdischer Zuwanderer aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion auf der Grundlage des Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge vom 22. Juli 1980 (BGBl. I, S. 1057 - zuletzt geändert durch das Gesetz vom 9. Juli 1990 - BGBl. I, S. 1354). Mit diesem Gesetz hat die Bundesrepublik die Möglichkeit, schutzbedürftigen Ausländern einzeln oder in Gruppen die Einreise in das Bundesgebiet und den ständigen Aufenthalt zu gestatten. Diese sogenannten Kontingentflüchtlinge genießen die Rechtsstellung nach den Artikeln 2 bis 34 der Genfer Flüchtlingskonvention, ohne dass sie zuvor ein Asylverfahren durchlaufen müssen. Im Fall der jüdischen Emigranten wird eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis gewährt, die gewöhnlich mit Beschränkungen und Auflagen bezüglich der Wohnsitznahme in einem vorbestimmten Bundesland verbunden ist. Diese räumliche Beschränkung gilt, solange die Betroffenen auf Sozialleistungen angewiesen sind und endet grundsätzlich mit der Erwerbstätigkeit. Mit der Aufnahme als Kontingentflüchtling werden den jüdischen Migranten Eingliederungsleistungen gewährt.

Die Flüchtlinge kommen aus einem Land, in dem "Jude" nicht als religiöse, sondern als nationale Zugehörigkeit definiert wurde. So erklärt sich auch die weitgehende fehlende Identifizierung mit dem Judentum. Insgesamt sind seit 1990 - 2001 ca. 150.000 jüdische Emigranten aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland eingereist. Im gleichen Zeitraum nahm Israel über eine Million jüdische Zuwanderer auf.

Für die Aufnahme von Juden aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion haben Bund und Länder ein geordnetes Aufnahmeverfahren vereinbart, das seit dem 15. Februar 1991 gilt. Die von einzelnen Bundesländern außerhalb des geordneten Verfahrens bereits aufgenommenen sowjetischen Juden sind statusrechtlich seinerzeit gleichgestellt und auf die Verteilerquote der Länder angerechnet worden (Thüringen 3,3 %).

Geordnetes Verfahren heißt, dass sich die Einreise nach Deutschland im normalen Sichtvermerksverfahren vollzieht. Der Einreisebewerber muss bei der für seinen Wohnsitz zuständigen deutschen Auslandsvertretung ein Visum für den Zweck eines Daueraufenthalts in Deutschland beantragen. Voraussetzung für eine Aufnahme in Deutschland ist, dass der Einreisebewerber Jude, mindestens aber in 1. Generation jüdischer Abstammung ist. Verfolgungs- oder Diskriminierungsgründe sind keine geforderten Aufnahmekriterien. Weitere formale Voraussetzung für die Erteilung des Visums ist die vorherige Zustimmung des aufnehmenden Bundeslandes.

Thüringen hat in diesem Zeitraum ca. 5000 Zuwanderer aufgenommen. Davon sind 3500 in die alten Bun-



Die Synagoge in Erfurt

desländer weitergezogen, weil sie dort bessere Chancen für die Berufsausübung haben.

Hier in Thüringen haben diese Menschen ihre neue Heimat gefunden, in dem Bundesland, wo Blütezeiten der jüdischen Gemeinden mit Zeiten der Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der Juden wechselten. Es kommen Menschen, die überzeugt sind, dass dieses Land seine Geschichte aufgearbeitet hat; Menschen, die einen so festen Glauben an das demokratische Deutschland haben, dass sie diesem Land ihr weiteres Schicksal und das Schicksal ihrer Kinder anvertrauen.

Gesetzliche Grundlagen für die Eingliederung und gegenwärtige Situation der jüdischen Zuwanderer in Erfurt

Als gesetzliche Grundlage für die Aufnahme und Unterbringung der jüdischen Zuwanderer in Thüringen gilt das Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz (Thür-FlüAG) vom 16. Dezember 1997.

Jüdische Zuwanderer werden direkt an die Landkreise oder die kreisfreien Städte verteilt. Sie werden entweder in Übergangswohnheimen, teilweise gemeinsam mit Spätaussiedlern, oder in Einzelunterkünften untergebracht. Erfurt nimmt jährlich 8,2 % der jüdischen Zuwanderer auf, die in den Freistaat Thüringen verteilt werden.

Bezüglich des Bildungsprofils überwiegen Akademiker, darunter Ingenieure, Lehrer, Ärzte, Krankenschwestern, Ökonomen, Musiker. Nach Thüringen kommen hochqualifizierte Menschen mit hohem Bildungsniveau und mit der Bereitschaft, sich in die neue Umgebung zu integrieren.

Für ihre Integration in Deutschland spielt die Jüdische Landesgemeinde Thüringen (Sitz Erfurt) eine besonders wichtige Rolle. Die Jüdische Gemeinde, deren Mitgliederzahl sich dank dieser Zuwanderung von 25 (1991) auf 560 in ganz Thüringen und auf 337 in Erfurt erhöht hat, stellt für diese neuen Mitglieder eine Anlaufstelle dar, zu der sie mit allen ihren Sorgen und Problemen kommen. Ihre unmittelbare Integrationsaufgabe sieht die Gemeinde in der sozialen und kulturellen Betreuung der Gemeindemitglieder. Sie äußert sich in zahlreichen Maßnahmen, wie sozialpädagogische Beratung, Jugendarbeit, Durchführung des Deutschunterrichts für ältere Gemeindemitglieder, Dolmetscher- und Übersetzerhilfen, Unterstützung von Selbsthilfegruppen, Öffentlichkeitsarbeit und andere.

Will man eine Antwort finden, warum es den Juden gelungen ist, ihre Identität als soziale Größe über die Jahrhunderte zu sichern, so stellen vor allem jüdische Religion und Tradition die wichtigsten Grundlagen dafür dar. Sie werden von der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen sorgfältig weiter gepflegt und an die jüngere Generation übergeben. Ziel ist die Integration der jüdischen Zuwanderer in das religiöse Leben der Gemeinde. Die meisten Neuzuwanderer hatten in ihrem Herkunftsland keine Möglichkeit das Judentum zu praktizieren. Daher besteht eine der bedeutendsten Aufgaben der Jüdischen Landesgemeinde darin, die von ihren Wurzeln entrissenen Neuankömmlinge an ihre jüdischen Ursprünge heranzuführen.

Ein umfangreiches Programm der jüdischen Gemeinde enthält solche Elemente wie Religionsunterricht für Kinder und Jugendliche, Feiern von Festtagen und Begehen von Gedenktagen sowie die Vorbereitung auf Bar Mizwa („Sohn der Pflicht“) und Bat Mizwa („Tochter der Pflicht“). Zur Öffentlichkeitsarbeit gehört für die Gemeinde auch eine enge Zusammenarbeit mit Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, um schon so früh wie möglich die Toleranz gegenüber anderen zu fördern. So werden Vorträge in der Synagoge für Schüler und Lehrer angeboten und auch sehr gern in Anspruch genommen. Das neue Gemeindezentrum bietet vielfältige Möglichkeiten kultureller Darbietungen an. *Zahlenangaben: Jüdische Landesgemeinde Thüringen*

Jüdische Feste

Mehr noch als die Synagoge ist die Familie das Zentrum der jüdischen Religion.

Das Familienleben ist den Juden besonders wichtig. Deshalb sind viele jüdische Feste auch Familienfeste (dazu gehören Rosch Haschana - das jüdische Neujahrsfest, Jom Kippur - der Versöhnungstag, Simchat Thora, Chanukka - das Lichterfest, Purim - der jüdische Karneval, Pesach, Schawuot und Sukkot).

Das wichtigste ist der allwöchentliche Schabbat (Sabbat). Der Schabbat ist ein Tag der absoluten Arbeitsruhe. Er erinnert an die Schöpfung, nach deren Vollendung Gott ruhte, wie es in der Bibel heißt. Diese Ruhe ist ebenfalls Teil der Schöpfung, damit auch die ganze Menschheit am 7. Tag ruhen und zu neuen Kräften kommen kann. Der Schabbat beginnt bei Sonnenuntergang am Freitag mit dem Schabbatgottesdienst in der Synagoge. Zu Hause folgt eine festliche Mahlzeit im Familienkreis, bei der die Hausfrau die traditionellen Schabbatkerzen entzündet und der Hausherr den Wein segnet und das Schabbatbrot bricht. Am Samstag geht der Schabbat mit einem Morgengottesdienst, einem guten Mittagessen und viel Ruhe weiter und endet am Samstagabend bei Sonnenuntergang.



Chanukka - Das Lichterfest

Dmitri Dragilew

„Wir sind jeden Montag von 17 bis 18 Uhr auf Sendung, Sendefrequenz Erfurt 96,2 MHz.“



Foto: Radio Funkwerk

Ich wurde 1971 in Riga geboren. Bereits mit 6 Jahren bekam ich meinen ersten Klavierunterricht an einer Spezialmusikschule, im Jahre 1986 folgten die ersten Abschlüsse in den Fächern Klavier und Komposition sowie die ersten Publikationen. Mit 16 Jahren studierte ich in Riga Geschichte und Philosophie, später nahm ich ein Studium an der Hochschule für Musik „Franz Liszt“ in Weimar und an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena auf. Als Gasthörer besuchte ich die Lehrveranstaltungen der Fakultät Medien der Bauhaus-Universität.

Anfang der 90-er Jahre trat ich zum ersten Mal als Interpret und Bandleader in Programmen der Swing- und Unterhaltungsmusik auf. Heute spiele ich, wenn

die Umstände es erlauben, solo oder mit der Band „The Swinging Part(y)sans“, im Sinatra-Cover-Programm und mit dem lettischen Swing-Star Olga Pirags. Als Autor und Berater bekam ich Aufträge der Rigaer Schallplattenfirma, komponierte für Theater, war auch Mitglied in einer Reihe von Literaturvereinigungen, u.a. im Studio der jungen Autoren des lettischen Schriftstellerverbands.

Im Lettischen Rundfunk arbeitete ich in den Jahren 1992-1995 als Autor und Moderator einer thematischen Senderubrik in russischer Sprache, komponierte das Erkennungsthema für das Tagesprogramm der russischen Redaktion, machte Reportagen und Interviews mit prominenten Kulturschaffenden. 1995 wanderte ich nach Deutschland aus. Ich konzentrierte mich zunächst auf Musik, trat später in den Verband russischer Schriftsteller in Deutschland ein, wurde Koordinator der Autoreninitiative „Exlibris“ und im Jahre 2001 zum Redaktionsmitglied und Co-Redakteur der Schriftenreihe VIA REGIA. In dieser Zeit wurde die erste Auflage meines Gedichtbands „Zum Tee um fünf“ im ukrainischen Verlag „Globus-Press“ herausgegeben. Inzwischen publiziere ich meine Texte in Zeitschriften in Deutschland, Russland, Lettland und Israel.

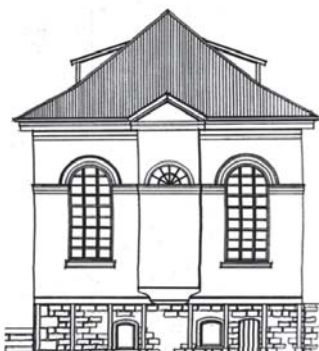
1999/2000 initiierten Lena Reichardt und ich eine russischsprachige Sendung im Bürgerradio Erfurt, die erste Ausstrahlung war am 13.01.2000. Inzwischen moderiere und konzipiere ich den größten Teil der Sendungen. An der Vorbereitung der Beiträge sind viele Migranten und Interessenten aus Thüringen und anderen Ländern beteiligt. Alle fungieren ehrenamtlich als Korrespondenten, Berichterstatler und gelegentlich als Moderatoren. Unter meiner Leitung hat sich ein engagiertes semiprofessionelles Team zusammengefunden, das zu einer festen Redaktionsgruppe wurde, die für die Vorbereitung und Durchführung der Sendungen des wöchentlichen UKW-Magazins „AKZENT - Russisches Radio Thüringen“ (Radio Funkwerk, Offener Hörfunkkanal der Thüringer Landesmedienanstalt) verantwortlich ist. Wir sind jeden Montag von 17 bis 18 Uhr auf Sendung, Sendefrequenz in Erfurt 96,2 MHz.

Begegnungsstätte Kleine Synagoge

An der Stadtmünze 4/5
99084 Erfurt

KleineSynagoge@erfurt.de
0361-6551660

DI - SO 11-18 Uhr



Brücke zwischen

- Bürgern ab 50 aufwärts
- Senioreninitiativen
- Vereinen
- Ämtern

Seniorenbüro Erfurt

Trägerverein:

Schutzbund der Senioren
und Vorruheständler Thür. e.V.

Friedrich-Engels-Straße 56
99086 Erfurt

Tel.: 0361/2620775
Fax: 0361/78929900

**SENIOREN
BÜRO
ERFURT**



Ehemalige Vertragsarbeitnehmer in Regierungsabkommen

1989 lebten etwa 90.000 Vertragsarbeitnehmer in der DDR. Grundlage waren staatliche Vereinbarungen/Regierungsabkommen zwischen der DDR und Kuba, Vietnam, Mosambik und Angola. Die Arbeitsverträge liefen zwischen vier und fünf Jahren. Bei Verlängerung des Arbeitsvertrages wurde meistens eine zeitlich befristete Aufenthaltsgenehmigung erteilt. Mit der Wende und dem Übergang zur Marktwirtschaft entfiel die Möglichkeit, ausländische Arbeitnehmer zentral gesteuert in Betrieben einzusetzen. Die Verträge mussten geändert werden. Die Veränderung des Regierungsabkommens wurde von Vietnam, Mosambik und Angola unterzeichnet (Verordnung Nr. 35 vom 13.6.1990).

Mittlerweile leben in den neuen Bundesländern nur noch ca. 19.000 ehemalige Vertragsarbeitnehmer aus den genannten Staaten.

Zum 31.12.2002 waren in Erfurt 946 Vietnamesen, 21 Mosambikaner, 16 Angolaner registriert. Diese Zahlen betreffen nicht nur die ehemaligen Vertragsarbeitnehmer in Regierungsabkommen, sondern auch deren Familiennachzug, Familiennachwuchs sowie einige Asylbewerber.

Nachfolgend ist die ausländerrechtliche Entwicklung für diese Personengruppe dargelegt.

Am 1. Januar 1991 trat das neue Ausländergesetz in Kraft. Der Wirkungsbereich erstreckte sich auch über die neuen Bundesländer. Die deutschen Ausländerbehörden nahmen die Titelumschreibung nach dem bundesdeutschen Ausländergesetz vor. Den Vertragsarbeitnehmern wurde der Aufenthaltstitel Aufenthaltserlaubnis nach § 28 AuslG erteilt. Das bedeutete, dass sie nach Ablauf der eigentlichen Vertragsdauer zur Ausreise verpflichtet waren, das heißt, dieser Titel konnte nicht zur Aufenthaltsverfestigung führen. Lediglich die Vertragsarbeitnehmer, die zum 1.1.1991 bereits acht Jahre in der DDR bzw. BRD waren, erhielten eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Diese Regelung führte zu zahlreichen Protesten und zu juristischen Widersprüchen.

Darüber hinaus forderten Politiker, Parteien, Kirchen, Verbände, Gewerkschaften und viele engagierte Gruppen aus humanitären Gründen eine Bleiberechtsmöglichkeit und damit eine Gleichsetzung dieses Personenkreises mit den Gastarbeitern aus den Anwerbeländern der alten Bundesländer.

Am 14.5.1993 fasste die Ständige Innenministerkonferenz einen Beschluss zur Bleiberechtsregelung. Diese trat am 17.6.1993 in Kraft. Danach erhielten ehemalige Vertragsarbeitnehmer die Aufenthaltserlaubnis nach § 32 AuslG, wenn bestimmte Bedingungen bis zum Stichtag 17. Dezember 1993, Verlängerung um vier Monate bis zum

17. April 1994, erfüllt waren, u. a. ununterbrochener rechtmäßiger oder geduldeter Aufenthalt im Bundesgebiet, Rücknahme eines gestellten Asylantrages, Bestreiten des Lebensunterhaltes aus legaler selbständiger oder unselbständiger Erwerbstätigkeit, keine Verurteilung wegen einer vorsätzlichen Straftat. Um den ehemaligen Vertragsarbeitnehmern eine Chance auf Erfolg bei der Arbeitsuche zu geben, wurde ihnen eine besondere Arbeitserlaubnis gemäß Arbeitserlaubnisverordnung erteilt.

Nach 8-jähriger ununterbrochener Erteilung der Aufenthaltserlaubnis bestand der Anspruch auf Erteilung der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis. DDR-Aufenthaltszeiten wurden nicht angerechnet. Sowohl bei der Erteilung als auch bei der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis galten die gleichen Voraussetzungen. Auf Grund der schwierigen Arbeitsmarktlage in den neuen Bundesländern stellte die Voraussetzung "Arbeitseinkommen" für viele Vertragsarbeitnehmer eine fast unüberwindbare Hürde dar bis zur Erlangung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis. Dies führte zu Unsicherheit und Unzufriedenheit bei den Betroffenen und bei den Behörden. Insbesondere stellte das eine Ungleichbehandlung zu der ähnlichen Situation der Gastarbeiter aus den Anwerbeländern der alten Bundesländer vor Jahren dar.

Der Titel Aufenthaltserlaubnis schloss zu diesem Zeitpunkt den Bezug von Kindergeld und Erziehungsgeld nach dem Bundeskindergeldgesetz bzw. Bundeserziehungsgeldgesetz aus.

Am 4. Juli 1997 stimmte der Bundesrat einer Änderung im Ausländergesetz zu. Demnach ist bei Ausländern, die sich vor der Vereinigung beider deutscher Staaten (am 3. Oktober 1990) rechtmäßig in der DDR aufgehalten haben, die Zeit des rechtmäßigen und zum Teil geduldeten Aufenthaltes vor der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis auf die vorgesehene Frist von 8 Jahren anzurechnen.

Mit dem Besitz der unbefristeten bzw. befristeten Aufenthaltserlaubnis ist die ausländerrechtliche Bedingung für den Bezug von Kindergeld und Erziehungsgeld erfüllt. Mit der Aufenthaltserlaubnis kann man bei Erfüllung anderer gesetzlicher Anforderungen eingebürgert werden. Nach drei Jahren Besitz der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis kann der Aufenthaltsstatus zur Aufenthaltsberechtigung verbessert werden.

Ehemaligen Vertragsarbeitnehmern aus Vietnam, Angola, Mosambik, Ungarn, Kuba und Algerien, die gegenwärtig noch in der Bundesrepublik leben, werden ihre Arbeitsjahre in der DDR jetzt als Beitragsjahre zur Rentenversicherung angerechnet. Darauf hat sich der Verband der Deutschen Rentenversicherungsträger verständigt.

Nguyen Thi Ung

“... man hat Arbeitskräfte gerufen und es kamen Menschen.” Max Frisch

Ich kam 1987 in die damalige DDR in Rahmen des Regierungsabkommens zwischen der DDR und der Republik Vietnam als Vertragsarbeitnehmerin. Meine Aufgabe war die Übersetzungstätigkeit für den Betrieb und für die vietnamesischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Meine Beweggründe für die Wiedereinreise in die DDR waren u. a., dass ich keine Erfüllung im Berufsleben nach dem Studium in der DDR gefunden hatte. Ich wollte versuchen, den Anlass des Arbeitskräfteexports ins Ausland als Chance für eine neue Zukunft nutzen. Und ähnlich wie bei mir hatten viele vietnamesischen Frauen und Männer ihre Familie und ihre oftmals kleinen Kinder verlassen, um in der DDR zu arbeiten.

Die schönen Erinnerungen an die Zeiten meines Studiums in der DDR gerieten mit der täglichen Realität in Widerspruch. In der Öffentlichkeit wurde über Freundschaft und Solidarität geredet. Tatsächlich habe ich aber oft Neid und Hass gespürt. In der Zeit der Mangelwaren waren wir als Ausländer diejenigen, die das wenige noch wegkauften. Ausländische Arbeitskräfte wurden nur in die Arbeitsstellen geschickt, die nicht für DDR-Bürger attraktiv waren.

Zu sechs bis acht Personen wohnten wir in einer Neubauwohnung. Als Dolmetscherin hatte ich das Privileg, für mich einen großen Raum zu beanspruchen. Die Wohnheime wurden rund um die Uhr bewacht. Besuch war bis 22 Uhr erlaubt. Kontakte zur Bevölkerung waren nicht erwünscht. Besonders problematisch war die Situation für schwangere Frauen: zwei Möglichkeiten standen zur Wahl, entweder Abbruch der Schwangerschaft oder Rückkehr nach Vietnam. Familienleben war grundsätzlich nicht gestattet.

Eine reine Übersetzungstätigkeit ist eine Art Transport eines Sachverhalts von einer Sprache zur anderen. Die Probleme der Menschen gingen an mir aber nicht vorbei. Es tat mir weh zu erleben, dass Frauen ihre Schwangerschaft abbrechen mussten, damit sie nicht nach Vietnam zurückgeschickt wurden.

Ich hatte damals auch einen kleinen Sohn zurücklassen müssen. Mir ging es seelisch sehr schlecht

in der ersten Zeit. Ich hatte schreckliche Nachträume und versuchte, meinen Sohn hierher zu holen, als mein Mann in die ehemalige CSSR zur Promotion fuhr. Der Betrieb gestattete meinem Sohn nur einen Besuchsaufenthalt von drei Monaten. Ich aber beschloss, alle Möglichkeiten zu nutzen, um ihn bei mir zu behalten, solange ich mich noch in der DDR aufhielt. Kurz nachdem mein 5-jähriger Sohn in Erfurt angekommen war, hat der Betrieb mich wissen lassen, was alles nicht erlaubt ist bezüglich des Aufenthalts meines Sohnes. Nach etwa drei Monaten gab es eine Sondersitzung der Betriebsleitung mit dem Beschluss, dass mein Sohn nicht mehr bei mir wohnen darf.

Faktisch hieß das, er muss nach Vietnam zurückkehren. Ich versprach, dass ich ihn aus dem Wohnheim herausnehmen würde, aber wenn er nach Vietnam müsste, dann würde der Betrieb auch mich als wichtige Arbeitskraft verlieren.

Ich war am Verzweifeln und wusste überhaupt nicht mehr, was ich noch tun sollte. Eine gute Bekannte empfahl mir einen Platz im katholischen Waisenhaus. Sechs Monate lang brachte ich ihn dort unter. Ich besuchte ihn jeden Tag. Für mich als Mutter war es eine schmerzliche Zeit. Dann kam die politische Wende, eine Situation, die auch sehr viel Unsicherheit bei vielen DDR-Bürgern hervorgerufen hatte. Jeder hatte mit sich zu tun. Ich holte mein Kind einfach wieder zu mir ins Wohnheim. Später habe ich eine Wohnung von der KoWo gemietet.

Mein Sohn ist nun 19 Jahre alt und hat angefangen, an der Uni Jena zu studieren.

An diese Zeit möchte er sich nur wenig erinnern. Aber ich werde sie nie vergessen.

Deutschland ist mir jetzt schon zu einer zweiten Heimat geworden. Doch manchmal stellt sich trotzdem das Gefühl ein, noch nicht angekommen zu sein, obwohl Familie, Arbeit und das soziale Umfeld stimmen. Deshalb fahre ich auch sehr gern nach Vietnam. Die vertraute Umgebung dort gibt mir das Gefühl von Geborgenheit, es geht mir wieder gut. Aber ab und zu fühle ich mich auch in Vietnam ein wenig fremd. Ich komme dann gern zurück nach Deutschland.

Bürger der Europäischen Union

Seit dem 1. November 1993 mit dem Vertrag von Maastricht ist die Europäische Union (EU) Wirklichkeit. Heute gehören ihr 15 Mitgliedsstaaten (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien) an.

Mit der Unionsbürgerschaft sind wichtige rechtliche Funktionen verknüpft. Unionsbürger können überall in der EU leben und arbeiten. Sie dürfen im EU-Ausland auf Grund ihrer Staatsbürgerschaft nicht benachteiligt

werden. Sie können sich an ihrem Wohnort an Kommunal- und Europawahlen beteiligen.

Die Arbeitsaufnahme in anderen Mitgliedstaaten ist frei. Jeder Unionsbürger kann sich in anderen Ländern der Europäischen Union um eine Stelle bewerben und einen Arbeitsvertrag unterschreiben, ohne vorher eine Erlaubnis einzuholen. Er muss lediglich nach der Arbeitsaufnahme eine Aufenthaltserlaubnis beantragen. Es besteht ein Rechtsanspruch auf diese Aufenthaltserlaubnis.

„Die Zeit ist reif für diese Verfassung. Sie wird nicht nur die innere Ordnung der Europäischen Union stärken, sondern dient auch als Drehbuch für eine neue Rolle Europas in der Welt.“

Das alte Europa geht neue Wege. Die stärkste Schubkraft für eine europäische Verfassung kommt aus der bevorstehenden Erweiterung der Europäischen Union.

Am 1. Mai 2004 entsteht, wenn alles nach Plan läuft, das neue Europa der 25. Schon wenige Wochen später, Mitte Juni 2004, werden die Bürgerinnen und Bürger aus den 10 neuen Ländern zum ersten Mal an der Europawahl teilnehmen und ihre Stimme für das Europäische Parlament abgeben. Das Gelingen der Erweiterung ist der entscheidende Härte-test für die Zukunftsfähigkeit Europas. Gerade weil die Europäische Union vielfältiger wird - wirtschaftlich, kulturell und politisch - ist es unverzichtbar, die auseinander strebenden Kräfte und unterschiedlichen Interessen zu bündeln.

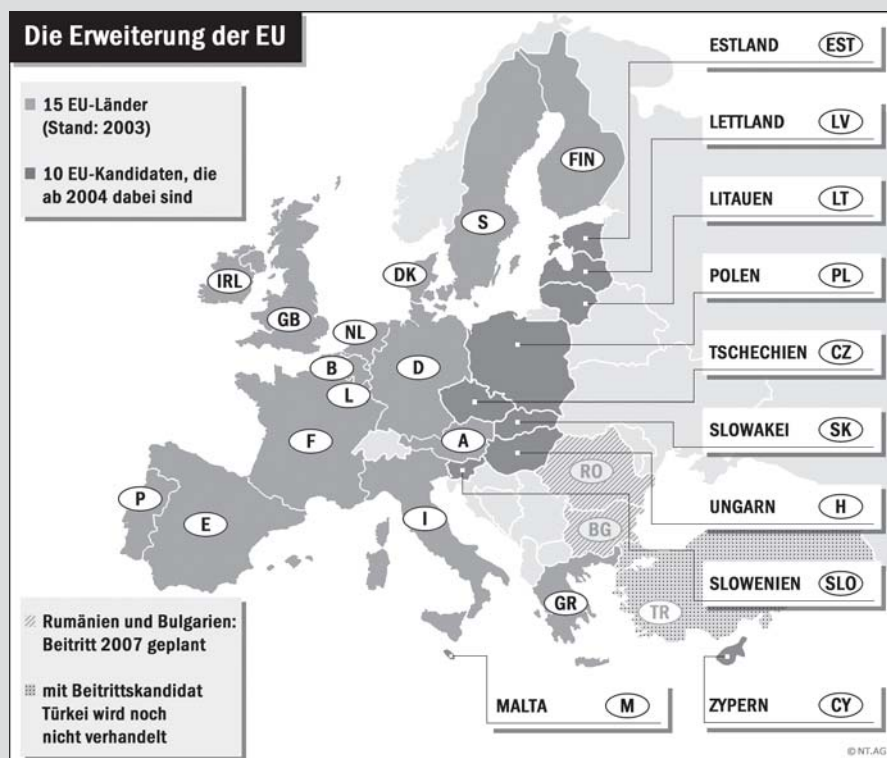
Das geschieht am besten durch eine europäische Verfassung, mit der sich 450 Millionen Europäer aus

25 Ländern identifizieren können. Jeder muss verstehen können, wie Europa funktioniert und welche Verantwortung es hat.

Die Frage ist, wie dieses Modell, ursprünglich für sechs Gründungsmitglieder konzipiert, so erneuert werden kann, dass es mit 25 und mehr Mitgliedern erfolgreich in der Praxis bestehen kann. Die Antwort darauf wird die neue Verfassung geben. Der europäische Konvent arbeitet mit Hochdruck an einer Art Grundgesetz für ein handlungsfähiges, demokratisches und transparentes Europa von 25 und mehr Mitgliedstaaten ...

Unter der Regie des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing arbeiten 105 Persönlichkeiten aus 28 europäischen Ländern an der europäischen Verfassung.“

Quelle: Europa 2003, Alles Wissenswerte über die Europäische Union, März 2003, S.4,5



Asylbewerber

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Art. 16a (1)

In allen Teilen der Welt werden Menschen wegen ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit verfolgt, es geschehen Pogrome, Völkermorde und Vertreibungen, Ureinwohner werden ihrer natürlichen Lebensgrundlagen beraubt und alte Kulturen zerstört. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) schützt und unterstützt knapp 20 Millionen Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und massiven Menschenrechtsverletzungen geflohen sind oder sich in flüchtlingsähnlichen Situationen befinden. Darüber hinaus sind Schätzungen zufolge zwischen 20 und 25 Millionen Menschen innerhalb ihrer Heimatländer aufgrund innerstaatlicher Konflikte vertrieben worden. (UNHCR, November 2002)

Nach Art. 16a Absatz 1 Grundgesetz haben politische Verfolgte einen Anspruch auf Anerkennung als Asylberechtigte. Die Prüfung, ob ein Asylsuchender in seinem Heimatland politisch verfolgt ist, geschieht im Rahmen eines Asylverfahrens auf der Grundlage des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) in der Fassung vom 1. Juli 1993.

Der Asylantrag ist grundsätzlich bei der Aufnahmestelle des Bundesamtes zur Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zu stellen. Außenstellen befinden sich in jedem Bundesland. Der Antragsteller erhält eine Aufenthaltsgestattung und damit ein vorläufiges Bleiberecht bis zum Abschluss des Asylverfahrens.

Die Aufenthaltsgestattung ist auf den Bereich der Ausländerbehörde, in der die Aufnahmeeinrichtung liegt, beschränkt.

Im unmittelbaren Zusammenhang mit der Asylbeantragung findet die gesetzlich vorgeschriebene Anhörung des Asylbewerbers durch einen Entscheider des Bundesamtes unter Hinzuziehung eines Dolmetschers statt. Über Asylanträge entscheidet das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge. Ist der Asylbewerber über einen Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft oder über Norwegen, Polen, Schweiz, Tschechische Republik - sogenannte sichere Drittstaaten - eingereist, ordnet das Bundesamt die Abschiebung in diesen sicheren Drittstaat an.

Für die Dauer des Asylverfahrens sollen die Asylbewerber nach § 53 Asylverfahrensgesetz in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Der Asylbewerber hat keinen Anspruch darauf, sich in einem bestimmten Bundesland oder an einem bestimmten Ort aufzuhalten. Um sich für eine bestimmte Zeit außerhalb des Bereiches der zuständigen Ausländerbehörde aufhalten zu können, benötigen Asylbewerber eine Genehmigung (sogenannte Residenzpflicht).

Bei Ablehnung des Asylantrages kann der Asylbewerber Rechtsmittel einlegen. Nachdem ein Gericht den Antrag auf Asyl unanfechtbar abgelehnt hat, ist der Asylbewerber ausreisepflichtig. Wenn der Betreffende

der Aufforderung zur freiwilligen Ausreise nicht nachkommt oder der Verdacht besteht, dass er in die Illegalität untertaucht, droht die Abschiebung. Die Abschiebung kann ausgesetzt werden, wenn Abschiebehindernisse vorliegen, z. B. Abschiebestop für ein bestimmtes Land durch das Innenministerium. Für diesen Zeitraum, der sechs Monate nicht überschreiten sollte, wird eine Duldung erteilt.

Flüchtige Alltagsbilder fügten sich zu Mosaik

Gelungene Filmpremiere „Perspektive“

Eine ungewöhnliche Filmpremiere sorgte Mittwoch Abend im Kinoklub für ein volles Haus. Es ging um „Perspektiven“ und fast alle Hauptdarsteller saßen samt Familie und Freunden mit im Publikum.

Von Iris PELNY

Alle waren pünktlich – die Filmpremiere musste trotzdem verschoben werden: um eine Viertelstunde. Denn aus Sicherheitsgründen passen nur 50 Leute in den Klub. Derweil standen noch Dutzende Interessierte vor der Tür. Zum Glück fand sich ein Kompromiss. Der 40-minütige Dokumentarfilm hatte an diesem Abend eben zwei Premierenvorstellungen nacheinander.

Stolz und aufgeregt verfolgten Robert, Rauf, Riaz und die anderen Mitwirkenden die Resonanz auf den Zuschauergerichten. Für sie war das Filmprojekt ein Experiment, das über ein Jahr zu einem interkulturellen Lernprozess wurde, den keiner der Beteiligten missen möchte. Dahinter stehen die Mühen beim schriftlichen Skizzieren der eigenen Vorstellungen, die mehrsprachigen Diskussionen im Entstehungsprozess, die ersten Drehs und Pannen.

„Perspektiven“ ist ein filmischer Exkurs durch Erfurt – aus Sicht der auf Zeit hier lebenden Asylbewerber. Angesichts des pulsierenden Angers im Berufsverkehr schmerzt ihre aufgezwungene Passivität besonders. Sicher erfreuen auch sie sich am Weihnachtsmarkt, schnell folgt die Ernüchterung bei der Rückkehr ins Flüchtlingsheim. Sie leben teils schon fünf Jahre in Erfurt. Unter uns – selten mit uns, mit eigenen Regeln und Zwängen. Der Film reflektiert sachlich wie emotional: Erfurt bleibt für sie eine Durchgangsstation. Ein Ort der Hoffnung, des Wartens, aber auch der Angst. Ohne Perspektive. Zwei der mit Rosen und Applaus geehrten Darsteller sind derzeit von einer Abschiebung bedroht.

Aus: Thüringer Allgemeine, 23. Mai 2003

Asylbewerber erhalten seit dem 1.11.1993 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), sie haben daher keinen Anspruch auf Sozialhilfe.

Der Freistaat Thüringen verpflichtet die Gebietskörperschaften, und somit die Landeshauptstadt Erfurt, die Betreuung der zugewiesenen Asylbewerber nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und dem Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz (ThürFlüAG) zu gewährleisten.

Durch die Betreibung einer Gemeinschaftsunterkunft und Einrichtungen mit wohnungsähnlicher Unterbringung sowie die Schaffung von Einzelunterkünften in der Stadt Erfurt wurden die Voraussetzungen geschaffen, diese humanitäre Aufgabe zu realisieren.

Ausländische Studierende

Erfurt als Hochschulstandort

Ein Studium in einem fremden Land erfordert gezielte Planung und Organisation. Dazu gehört als erstes eine umfangreiche Information. Dafür steht ein breites Spektrum von Publikationen zur Verfügung.

Ein Ansprechpartner für ausländische Studierende oder Wissenschaftler ist immer das Akademische Auslandsamt (AAA). Als Teil der Hochschulverwaltung sorgen die Akademischen Auslandsämter für die internationalen Hochschulbeziehungen und sind für alle damit in Verbindung stehenden Angelegenheiten zuständig. Die Mitarbeiter des AAA beraten im Vorfeld des Studiums in Deutschland zu Studienmöglichkeiten einzelner Fachgebiete, zu Studiengängen und Zulassungsbedingungen. Sie informieren über das vorbereitende Studienkolleg, die Studienfinanzierung und Studienplanung.

Studenten aus Staaten außerhalb der Europäischen Union benötigen vor der Einreise ein Visum der zuständigen deutschen Auslandsvertretung. Für ein Visum zu Studienzwecken ist dort der Zulassungsbescheid einer deutschen Hochschule oder eine anerkannte Hochschulzugangsberechtigung zusammen mit einer vollständigen Bewerbung sowie ein Nachweis über die Finanzierung des ersten Studienjahres vorzulegen. Das Visum bedarf grundsätzlich der Zustimmung der für den künftigen Aufenthaltsort zuständigen Ausländerbehörde. Nach der Einreise wird dem Bewerber eine Aufent-

haltsbewilligung ausgestellt, bis der Zweck des Aufenthalts durch die Beendigung des Studiums oder der Promotion erfüllt ist. Diese Studierenden müssen den Nachweis von jährlich etwa 6.000 EUR für die Finanzierung des Studiums erbringen, sofern sie kein Stipendium erhalten. Eine Erwerbstätigkeit von 90 Arbeitstagen im Jahr ist arbeitsgenehmigungsfrei gestattet. Ebenso wird ein Nachweis von Krankenversicherungsschutz gefordert. Der Aufenthalt von Ehepartnern/Kindern wird nicht erlaubt. Anspruch auf Ausbildungsbeihilfen (z. B. Bafög) besteht nicht.

Studenten aus Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wird ein Studienaufenthalt in anderen Mitgliedsstaaten jederzeit ermöglicht. Dafür wird die Aufenthaltserlaubnis - EWG - erteilt.

Die Voraussetzungen für ein Studium sind - neben dem Nachweis der Immatrikulation an einer Hochschule - ausreichende finanzielle Mittel, die über der Sozialhilfegrenze des jeweiligen Staates liegen, ebenso muss ein Krankenversicherungsschutz nachgewiesen werden. Ein Anspruch auf Ausbildungsbeihilfen (z. B. Bafög) wird durch die Richtlinie nicht begründet. EU-Studenten darf die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nicht untersagt werden. Ehegatten und unterhaltsberechtigten Kinder der Studenten haben ein Aufenthaltsrecht. Die Familienangehörigen haben auch das Recht, eine Erwerbstätigkeit auszuüben.

Amani Bouhoussou (Elfenbeinküste)

Der Doktorand an der Universität Erfurt arbeitet in seiner Freizeit beim Springboard to Learning e. V. als Springboard-Lehrer

Wie hast du von Springboard erfahren?

Ein Kumpel, der dort gearbeitet hat, Michael, hat mir davon erzählt. Ich suchte nach einer Möglichkeit zu arbeiten. Mit Michael bin ich zu Elisabeth (Geffers-Strübel) gegangen, und dann sind wir uns schnell einig geworden.

Welche Erfahrungen hast du gemacht?

Ich habe Erfahrungen auf verschiedenen Ebenen gemacht. Einmal habe ich Kontakt zu anderen Personen bekommen. Dann habe ich kennen gelernt, wie an den Schulen deutsche Lehrer unterrichten und wie die Kinder sich in der Klasse verhalten. Ich konnte viele Sachen von meiner Kultur vermitteln. Die Deutschen sind nicht so distanziert, wie man denkt. Erst sind die Kinder scheu, aber nach einer Stunde tauen sie auf. Sie haben falsche Informationen über Ausländer. Wenn ich anfange, Sachen aus meiner Heimat zu erklären oder zu trommeln, sind sie sehr froh. *Hat sich durch die räumliche Distanz dein Blick auf deine eigene Kultur verändert?*

Ich mag meine Kultur mehr. Wenn ich nach Hause fliege, ist sie mir näher als früher, als sie selbstverständlich war.



Amani Bouhoussou besucht die Französisch-AG der Bechsteinschule

Hast du den Eindruck, dass deine Arbeit für Springboard dein Leben in Erfurt beeinflusst oder sogar verändert hat?

Einmal hat es mir finanziell geholfen, aber mein Verhältnis zu den Deutschen ist auch anders geworden. Springboard hat meine Distanz verringert. Wenn ich so distanziert geblieben wäre, dann wäre die Brücke zu den Deutschen nicht gebaut worden.

Das Interview führte Ulrike Wollenhaupt-Schmidt

„Fremde werden Freunde“ - ein Initiative für Toleranz und Gastfreundschaft

In jedem Jahr kommen etwa 100 ausländische Studierende und Gastdozenten an die Universität und Fachhochschule Erfurt. Ihr Aufenthalt in Erfurt trägt zum Deutschlandbild bei, das sie gewinnen und das sie ein Leben lang begleiten wird.

Das Projekt „Fremde werden Freunde“, welches vom Büro der Ausländerbeauftragten gemeinsam mit der Universität Erfurt und der Fachhochschule Erfurt ins Leben gerufen wurde, ist eine Initiative für Toleranz und Gastfreundschaft in unserer Stadt. Durch Vermittlung von Partnerschaften sollen ausländische Studierende mit Erfurte-

rinnen und Erfurtern zusammengebracht werden. Daraus kann ein persönlicher Gewinn für beide Seiten erwachsen. Menschen aus anderen Ländern und Kulturen vermitteln neue Eindrücke und Erfahrungen und es könnten sich Freundschaften in alle Welt entwickeln. Die ausländischen Studierenden haben dadurch die Möglichkeit, Kontakte außerhalb des Campus herzustellen und so das Leben in unserer Stadt bzw. hier in Deutschland hautnah kennen zu lernen. Ein fremdes Land lernt man erst dann richtig kennen, wenn man intensiven Kontakt zu seinen Menschen hat.



Gemeinsamer Ausflug unserer inzwischen schon großen „Patenfamilie“ zu den Dornburger Schlössern im Juni 2003

Mitgliedsorganisation im *PARITÄT*ischen Wohlfahrtsverband

THEPRA Landesverband THÜRINGEN e.V.

Migrationszentrum Erfurt

Ruhrstr. 9 99085 Erfurt Tel.: 0361 / 5504530

Kindervereinigung Erfurt e.V.
Projekt: Kinderfreizeittreff "HOPPLA"

Hallesche Straße 19
99085 Erfurt



Tel./Fax: 0361 / 5610674
e-mail: hoppla98@compuserve.de

**AUSLÄNDERINNEN-
RECHTSBERATUNG**

in der

**OFFENE ARBEIT
ERFURT**

jeden
Mittwoch von 17-19 Uhr

Allerheiligenstraße 9
99084 Erfurt



Spuren der Niederländer in Deutschland

4. und letzter Band, u.a. mit Thüringen in Vorbereitung,
weitere Informationen im Internet:

www.dng-berlin.de

oder bei der Erfurter Gruppe der DNG
Kontaktperson in Erfurt:

Rüdiger Banse
☎ 0361 / 65 468 20

dng

Deutsch-Niederländische Gesellschaft e. V.

M. Yudha Kuntjoro aus Indonesien

Studierender der Fachhochschule Erfurt, "Und das Leben ist nicht so 'kalt' wie früher ..."

"Am Anfang war ich ein bisschen gespannt. Ich habe viele Erfahrungen mit Deutschen bekommen, als ich Kontakt suchte. Für mich, als ein asiatischer Student, die Deutschen sind ein bisschen kalt und zu. Ich konnte mir nicht denken, was ich mit dieser Familie machen kann. Ich habe gebratenen Reis gekocht. Aber am Abend wir haben diesen gebratenen Reis zusammen gegessen. Ein bisschen internationales Dinner.

Meine Patenfamilie hat mich zu Weihnachten und Silvester eingeladen. Aber leider hatte ich schon meinem Zimmerfreund versprochen, dass ich Weihnachten bei ihm bleibe. Das war ein bisschen trau-

rig. Dann waren wir ins Kino, um „Good bye Lenin“ zu sehen. Das war toll. Mein Pate hatte in Ostberlin gewohnt. Dann erzählt er viel darüber. Wir werden mal nach Berlin zusammen fahren. Ich bin gespannt darauf. Ich bin sehr glücklich, dass ich diese Familie kennen gelernt habe. Für mich ist dieses Programm nicht nur Spaß, sondern auch ein kultureller Austausch. Das wurde wirklich für mich interessant. Ich kann nicht mehr Details erzählen, weil es so viel ist. Aber insgesamt, ich liebe meine Patenfamilie. Und das Leben ist nicht mehr so 'kalt' wie früher. Nicht alle Deutschen sind 'kalt' und zu. Zum Glück habe ich das selbst gefunden ..."

Binationale Familien und Partnerschaften

Unter „binationaler“ Partnerschaft wird die Partnerschaft bzw. Ehe zwischen zwei Angehörigen unterschiedlicher Nationalität verstanden.

Binationale Paare, Partnerschaften und Familien sind in der Bundesrepublik Deutschland keine Seltenheit mehr. Dass die Zahl der binationalen Partnerschaften weiter steigt, ist u. a. auf eine wachsende Zahl der Migranten in Deutschland und auf den größeren Kontakt von Deutschen und Migranten der zweiten, dritten Generation zurückzuführen. Darüber hinaus ist die Mobilität der Menschen insgesamt gestiegen, so dass es auch durch Begegnungen im Ausland oftmals zu binationalen Partnerschaften kommt. Binationale Partnerschaften unterliegen dem Ausländerrecht.

Der ausländische Partner erhält die deutsche Staatsangehörigkeit nicht automatisch mit der Eheschließung, hier gelten wie für alle anderen die Regelungen des Staatsangehörigkeitsrechts. Das Aufenthaltsrecht des ausländischen Partners ist in der Regel für die ersten zwei Jahre an die Ehe mit dem deutschen Partner gebunden.

Eine vorübergehende Trennung eines Paares im Konfliktfall würde bereits den Aufenthalt des ausländischen Partners gefährden. Sollte es zu einer Trennung vor Ablauf dieser zwei Jahre kommen, so muss der ausländische Partner mit einer Ausweisung rechnen. Binationale Paare, die in nichtehelicher Partnerschaft zusammenleben, erhalten keinen rechtlichen Schutz.



Ein großer Teil der in Erfurt lebenden Ausländer, die schon seit vielen Jahren hier leben und einen gesicherten Aufenthaltsstatus besitzen, sind von einigen Rechten und Pflichten der deutschen Bevölkerung nahezu ausgeschlossen.

Das betrifft vor allem die politische Partizipation über das Wahlrecht. Mit dem Beschluss von Maastricht 1992 wurde allen Unionsbürgern das aktive und das passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen eingeräumt. Zu diesem Zweck wurde eine entsprechende Änderung im

Artikel 28 des Grundgesetzes vorgenommen. Ausländern aus Nicht-EU-Staaten wurde das Wahlrecht nicht eingeräumt.

Am 22. März 1992 wurde der erste Ausländerbeirat in den neuen Bundesländern in der Thüringer Landeshauptstadt Erfurt gewählt. Damit bekannte sich die Stadt Erfurt zur Gleichbehandlung ihrer ausländischen Mitbürger in der städtischen Gemeinschaft und bejahte die Teilnahme aller ausländischen Mitbürger an der politischen Willensbildung im Rahmen der bestehenden Gesetze.

Das Ziel der Arbeit des Ausländerbeirates ist die Gleichbehandlung der ausländischen und deutschen Bevölkerung. Der Ausländerbeirat vertritt die Interessen der Ausländer gegenüber dem Stadtrat, der Stadtverwaltung und den Ortschaftsräten.

José Paca, Vorstandsmitglied des Bundesausländerbeirates, Stellvertretender Vorsitzender des Ausländerbeirates der Stadt Erfurt

„Meine Heimat ist dort, wo ich geboren bin. Mein Zuhause ist dort, wo man mich braucht und in Verantwortung nimmt.“

... Ja, ich stand über Nacht ohne Geld, ohne Arbeit und ohne Wohnung fast am Rande der Straße. Ich musste Überlebenskünstler sein. Zurück wollte ich nicht. In Angola herrschte Krieg.

Ich bin erstaunt, was es für Vorurteile gibt. So meinen doch tatsächlich viele, wir kämen aus dem Busch, wir hätten keine Städte, oder wir wären auf einer „frühen Stufe der Menschheitsentwicklung“ stehen geblieben. Nur die anderen haben sich weiterentwickelt. Das kommt sicher daher, dass man hier so wenig Berührung mit Menschen anderer Kulturen hat.

Ich musste weggehen aus Erfurt. Es ging einfach nicht mehr. Wenn ich abends nach Hause kam, laurten mir drei oder vier Jugendliche auf. Wenn ich durch einen Tunnel ging, sprühten sie mir Reizgas in die Augen. In der Straßenbahn musste ich damit rechnen, dass einer sagte, he, Neger, guck weg oder mir auf die Schuhe spuckte.

Ich bin in Wien gelandet. Dann habe ich meinen Job verloren. So bin ich wieder zurückgekommen.

Ich habe Arbeit in einer Firma gefunden, der einzige Dunkelhäutige unter 100 Beschäftigten. Eines Tages hat mir ein Kollege eine Flasche gereicht und gesagt, hier trink, du hast doch Durst. Ich habe gezögert ... aus seiner Flasche. Dann habe ich angesetzt und sie ihm wiedergegeben und er hat aus der gleichen Flasche getrunken. Das hat mich sehr beeindruckt, ich habe mich gefühlt, wie neu geboren. Wir sind heute noch Freunde und Sonntagmittag essen wir oft zusammen.

Ich habe keine Angst vor Übergriffen, dennoch muss man innerlich vorbereitet sein. Daran gewöhnt man sich. Aber ich sehe auch, dass heute ein Jugendlicher einer schwarzen Frau hilft, den Kinderwagen in die Straßenbahn zu heben.

Was wir brauchen, ist Toleranz und gegenseitige Akzeptanz, das hat mit Erziehung zu tun. Alle Menschen sind frei und gleich an Würde geboren. Auch das gehört zur Integration.

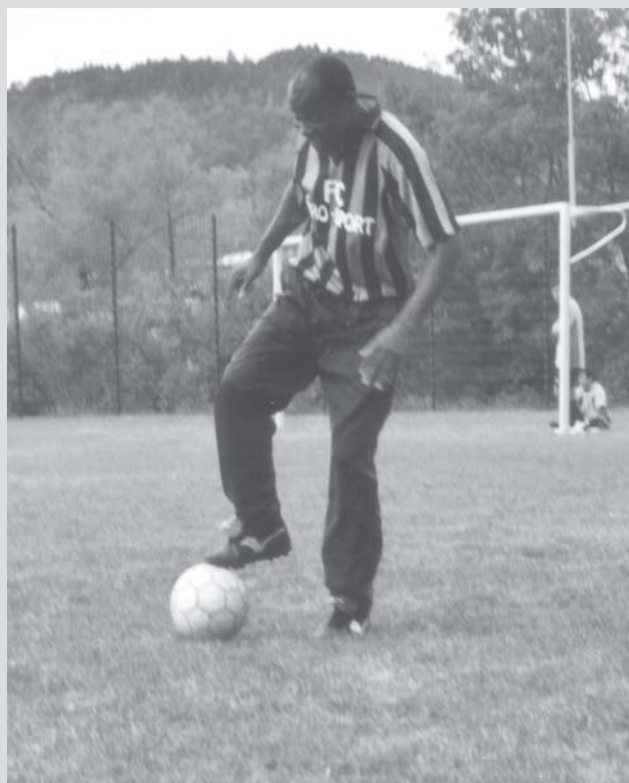
Eine andere wichtige Voraussetzung ist, die gleiche Sprache zu sprechen. Ich kann mich neben Portugiesisch und Deutsch auch in Französisch oder Spanisch verständigen. Ich interessiere mich für Menschen und suche den Kontakt.

Nach meinen schlechten Erfahrungen habe ich mich nicht zurückgezogen, sondern bin in Erfurt aktiv geworden und habe das Multikulturelle Zentrum

in unserer Stadt mit aufgebaut. Ich wollte einen Treffpunkt für alle Menschen, wo man ohne Angst hingehen und Freunde gewinnen kann. Wissen Sie, man muss Öl gießen, um eine Schraube locker zu machen. Wenn etwas fest sitzt, muss man es lockern, und das geht durch Musik, durch Erzählen, durch Kulinarisches und durch Sport.

Ich selber habe die Sporttrainerlizenz gemacht und trainiere seit Jahren interkulturelle Fußballmannschaften. Kürzlich hatten wir ein Turnier mit 12 Mannschaften aus 10 Nationen. Darauf bin ich sehr stolz.

1992 wurde ich in den Ausländerbeirat der Stadt Erfurt gewählt. Seit kurzem bin ich Mitglied im Vorstand des Bundesausländerbeirates. Ich bin sehr dankbar, dass das demokratische System mir das ermöglicht hat. Noch nie ist ein Afrikaner in diese Funktion gewählt worden. Diese Mitsprachemöglichkeit ist ein Reichtum.



Mir ist es wichtig, dass es in Deutschland ein Antidiskriminierungsgesetz gibt. Ich möchte mit meiner Frau und mit meinen beiden Söhnen hier in Erfurt ohne Angst in Frieden leben, genau wie alle anderen Menschen in diesem Land.

Das Erfurter Netzwerk für Integration stellt sich vor

Ziel des "Netzwerks zur Integration für Spätaussiedler, Migranten und Bürger der Landeshauptstadt Erfurt" ist es, eine Verbindung verschiedener Angebote von Ämtern, Behörden, Firmen, freien und öffentlichen Trägern zu erreichen zur Schaffung guter Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Integration und Beheimatung von Zuwanderern. Dazu werden praxis- und bedarfsorientierte Eingliederungshilfen geschaffen, Selbsthilfekräfte und Organisationsfähigkeit von Spätaussiedlern und Ausländern entwickelt sowie die Auf- und An-

nahmebereitschaft von "Fremden" durch die einheimische Bevölkerung gefördert. Die Netzwerkpartner haben sich zusammengeschlossen zur Nutzung aller vorhandenen Ressourcen über wechselseitige Kommunikation, Information, Diskussion, Empfehlung, Abstimmung, Verknüpfung, Planung und Ausführung gemeinsamer Aktionen.

Die Leistungsangebote unterscheiden sich nach den Zielgruppen: für die Akteure selbst, die Migranten und die deutsche Bevölkerung.

Zum Angebot für Migranten gehören die Zusammenstellung von Informationsmappen für Neuangekommene, die Entwicklung eines „Wegweisers für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer“, die Durchführung von mehrsprachigen Integrationsseminaren, die Herausgabe eines mehrsprachigen monatlichen Veranstaltungsplanes, die Entwicklung und Durchführung von zusätzlichen Sprachangeboten für verschiedene Zuwanderergruppen und die Durchführung von Stadtrundgängen mit Ämter- und Behördenbesuchen für verschiedene Zuwanderergruppen.

Impressum

Die Broschüre erscheint zu diesem Thema einmalig.

Gesamtauflage: 30.000 Exemplare.

Verteilung kostenlos an alle interessierten Bürger, Bürgerservice-Büros, Ämter und Einrichtungen der Stadt, Schulen und Bildungs- sowie öffentl. Einrichtungen

Herausgeber Arbeitsgruppe Informationsbroschüre des Netzwerkes für Integration Erfurt unter Leitung der Ausländerbeauftragten der Landeshauptstadt Erfurt

Redaktion Renate Tuche, Ausländerbeauftragte;
Gabriele Müller, Petra Sollwedel, Marina Polewaja, Amt für Sozial- und Wohnungswesen;
Nguyen Thi Ung, Ausländerbeirat Erfurt, Evangelischer Kirchenkreis;
Dr. Ludmila Pevsner, Jüdische Landesgemeinde Thüringen;
Edeltraud Hörschligau, THEPRA Landesverband Thüringen e. V.;
Beate Tröster, Netzwerk für Integration

Druckvorstufe Udo Dietzsch, Pressereferat beim OB

Druck Druckerei Jäcklein, Erfurt

Das Titelfoto von Laila Fatmasari Rahmann zeigt Springboard-Lehrkräfte und ist entnommen aus:
E. Geffers-Strübel, B. Theriault: Blick über den Tellerrand - Erkundungen zur multikulturellen Gesellschaft.
Norderstedt 2003

*In dem vorliegenden Text werden aus Unterscheidungsgründen die Begriffe „Ausländer“ bzw. „Spätaussiedler“ verwendet.
Die in dieser Publikation verwandten personenbezogenen Bezeichnungen gelten für Frauen in der weiblichen, für Männer in der männlichen Form.*

FREMDE WERDEN FREUNDE



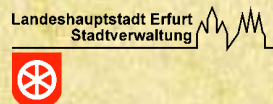
Ein gemeinsames Projekt
von



UNIVERSITÄT
ERFURT



FACHHOCHSCHULE
ERFURT



Landeshauptstadt Erfurt
Stadtverwaltung

Wohin kann ich mich wenden?

Bei Interesse oder weiteren Fragen
wenden Sie sich an:

Landeshauptstadt Erfurt

Stadtverwaltung
Ausländerbeauftragte
Frau Renate Tuche
Postfach 10 05 53
99005 Erfurt
Tel.: 03 61 / 6 55 10 44
Fax: 03 61 / 6 55 11 19
E-Mail: auslaenderbeauftragte@erfurt.de
Homepage: www.erfurt.de

Universität Erfurt

Internationales Büro
Frau Petra Eweleit
Postfach 90 02 21
99105 Erfurt
Tel.: 03 61 / 7 37 50 32
Fax: 03 61 / 7 37 50 39
E-Mail: petra.eweleit@uni-erfurt.de
Homepage: www.uni-erfurt.de

Fachhochschule Erfurt

Auslandsreferat
Frau Cornelia Witter
Postfach 10 13 63
99013 Erfurt
Tel.: 03 61 / 6 70 07 07
Fax: 03 61 / 6 70 07 03
E-Mail: ausland@fh-erfurt.de
Homepage: www.fh-erfurt.de



Europa - Asien Markt

RUSSISCHES FACHGESCHÄFT

seit 1997

Geschwister - Scholl - Str. 54
99084 Erfurt Tel.
Tel./ Fax: 0361/5403778

Russische
Delikatessen

Obst & Gemüse

Fleisch & Fisch

Wodka, Cognac

Weine aus Georgien

Konfekt, Pelmeni

Geschenkartikel

Russisches
Gold

Reisebüro
Flugtickets und Visa
Fahrscheine Deutschland – GUS

Paketdienst
Deutschland – GUS
Sowie andere Dienste

RUSSISCHES RESTAURANT

"ALJONUSCHKA"

Inh. Konstantin Zervas
Krämpferstraße 11/15
99084 Erfurt
Tel. 0361- 6 44 79 94
Funk 0174 9 44 84 40



Di.-So. 11.00 - 14.00 Uhr und 17.00 - 24.00 Uhr

Netzwerk für Integration für Spätaussiedler, Migranten und Bürger der Landeshauptstadt Erfurt

Träger: Internationaler Bund im Auftrag der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Erfurt

Das Netzwerk ist ein Zusammenschluss von Ämtern, Behörden, Firmen und freien Trägern sowie anderer aktiv an der Integration beteiligter Zugewanderter und Einzelpersonen. Es arbeitet im Auftrag der Stadt Erfurt und wird über kommunale Mittel finanziert.

Amt für Sozial- und Wohnungswesen, Ausländerbeauftragte, Ausländerbehörde, Erfurter Sportbetrieb, Volkshochschule, Staatliches Schulamt, Arbeitsamt, Jugendamt/ Kommunales Jugend- und Bildungswerk, Polizeidirektion, Schulen, Kulturdirektion, Kolpingwerk, Landessportbund, Bund der Vertriebenen, Europäisches Kulturzentrum, Gesellschaft für Kontakte mit Osteuropa, Bistum Erfurt, DGB Arbeit und Leben, Arbeiterwohlfahrt, Evangelischer Kirchenkreis, Seniorenbeirat, Caritas, Kontakt in Krisen e.V., Equal- Projekt, Thepra LV Thüringen e.V., Freiwilligen-Agentur, Aktionskreis für Frieden e.V., Diakonie, Thüringer Freundschaftsgesellschaft, IB- Jugend-gemeinschaftswerk, IG Integration junger Ausländer, Kontaktkreis der Aussiedler aus der GUS, Ausländerbeirat, Russisches Radio, Deutsche Jugend aus Russland e.V., Russischer Schriftstellerverein, Förderzentrum Regenbogen, Jüdische Landesgemeinde Thüringen, Deutsch-russisches Haus, Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V., Jüdische Kulturinitiative, Firma K&S Dr. Kranz, Firma Vogel, Rechtsanwalt Ullrich, Sparkasse Mittelthüringen, Gesellschaft für Internationale Wirtschaftsförderung GmbH, Institut für Interkulturelle Kommunikation gGmbH

Ziele des Netzwerkes

Vernetzung der Angebote zur Schaffung guter Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Integration und Beheimatung

Schaffung komplexer praxis- und bedarfsgerechter Eingliederungshilfen

Förderung der Selbsthilfekräfte und Organisationsfähigkeit von Spätaussiedlern und Zugewanderten

Stärkung und Förderung der Auf- und Annahmefähigkeit von „Fremden“ durch die einheimische Bevölkerung

Korrekturblatt zur Broschüre:

„Wir in Erfurt. Miteinander leben – voneinander lernen“

© Arbeitsgruppe Informationsbroschüre des Netzwerkes für Integration unter der Leitung der Ausländerbeauftragten der Landeshauptstadt Erfurt, Erfurt 2003, Korrektur Juni 2006

Am 01.01.2005 ist das Zuwanderungsgesetz in Kraft getreten. Mit dem Aufenthaltsgesetz als Teil des Zuwanderungsgesetzes wurde eine Umgestaltung des Ausländerrechts in der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen. Dadurch ergeben sich eine Reihe von Änderungen im rechtlichen Bereich:

Seite 7: Rechtliche Grundlagen für die Eingliederung und gegenwärtige Situation der Spätaussiedler in Erfurt

Neu ist die Einführung des Nachweises von Sprachkenntnissen bei Familienangehörigen von Spätaussiedlern als Voraussetzung für die Einbeziehung in den Aufnahmebescheid (§ 9 Abs. 1 BVFG).

Seite 13: Wer sind Ausländer, warum und woher kommen sie? Allgemeine Informationen und gesetzliche Grundlagen

Das zuständige Amt für Migration und Integration ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Es ist aus dem bisherigen Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFL) hervorgegangen.

Aufenthaltstitel

Als eine wesentliche Neuerung ist die Reduzierung der Anzahl der Aufenthaltstitel hervorzuheben. Es gibt außer der *Aufenthaltserlaubnis* als befristeten Titel noch die *Niederlassungserlaubnis* als unbefristeten Titel und das *Visum*. Aufenthaltsbefugnis, Aufenthaltsbewilligung, befristete und unbefristete Aufenthaltserlaubnis und Aufenthaltsberechtigung entfallen, die Aufenthaltsgestattung bleibt bestehen.

Zugang zum Arbeitsmarkt

Das bisherige doppelte Genehmigungsverfahren (Arbeit/Aufenthalt) wird durch ein internes Zustimmungsverfahren ersetzt. Die Arbeitsgenehmigung wird in einem Akt mit der Aufenthaltserlaubnis von der Ausländerbehörde erteilt, sofern die Arbeitsverwaltung intern zugestimmt hat (one-stop-government).

Der Anwerbestopp für Nicht- und Geringqualifizierte, auch für Qualifizierte mit Ausnahmemöglichkeit für einzelne Berufsgruppen durch Verordnung, wird beibehalten. Darüber hinaus kann die Zulassung im begründeten Einzelfall erfolgen, wenn öffentliches Interesse an Beschäftigung besteht.

Duldung

Die Duldung wird als Instrument der "Feinsteuerung" beibehalten.

Um Kettenduldungen bei Abschiebungshindernissen zu vermeiden, erhalten Betroffene eine Aufenthaltserlaubnis, wenn die Ausreisepflicht nicht innerhalb von 18 Monaten vollzogen werden konnte. Der Aufenthaltstitel wird versagt, wenn ein Verschulden des Ausländers vorliegt.

Kindernachzug

Weiterhin besteht ein Nachzugsanspruch bis zum 18. Lebensjahr bei Kindern von Asylberechtigten, Flüchtlingen sowie bei der Einreise im Familienverbund. Voraussetzung ist die Beherrschung der deutschen Sprache oder eine "positive Integrationsprognose". Die maßgebliche Altersgrenze im Übrigen ist 16 Jahre. Es existiert eine restriktive Ermessensregelung, bei der aber Kindeswohl und familiäre Situation zu berücksichtigen sind.

Hochqualifizierte und Selbsttätige

Hochqualifizierte können sofort eine Niederlassungserlaubnis erhalten. Mit- oder nachziehende Familienangehörige sind zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt. Die Ansiedlung Selbständiger wird gefördert. Selbständige erhalten im Regelfall eine Aufenthaltserlaubnis bei einer Investition von mindestens 1 Mio. Euro und der Schaffung von mindestens 10 Arbeitsplätzen. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, erfolgt eine Einzelprüfung zum Bestehen eines übergeordneten wirtschaftlichen oder besonderen regionalen Interesses, zu den Auswirkungen auf die Wirtschaft sowie zur Sicherung der Finanzierung.

Integration

Die Integration von Zuwanderern ist ein langjähriger individueller Entwicklungsprozess, über dessen Erfolg eine Vielzahl unterschiedlicher Faktoren entscheiden. Integrationsprozesse lassen sich nur dann gezielt initiieren, steuern und erfolgreich gestalten, wenn sie in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext eingebunden sind.

Mit dem neuen Zuwanderungsgesetz sind seit dem 01.01.2005 erstmalig staatliche Integrationsangebote für Zugewanderte gesetzlich geregelt. Den Kern bilden dabei die Integrationskurse, bestehend aus einem Sprachkurs zur Vermittlung ausreichender Sprachkenntnisse sowie einem Orientierungskurs zur Vermittlung von Wissen zu Rechtsordnung, Geschichte und Kultur in Deutschland. Ein Integrationskurs umfasst einen Basis- und einen Aufbausprachkurs (insgesamt 600 Stunden) sowie einen Orientierungskurs (30 Stunden). Ziel der Kurse ist die Förderung der Integration von Migranten im Sinne gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit. Ebenso soll in einer Auseinandersetzung mit der Kultur, der Geschichte, mit den politischen Werten der Verfassung, mit der Rechtsordnung und den politischen Institutionen des demokratischen Rechtsstaates der positive Umgang und ein besseres Zurechtfinden in der neuen Lebenswelt gefördert und Identifikationsmöglichkeiten geschaffen werden.

Härtefallkommission

Die oberste Landesbehörde darf auf Ersuchen einer von der Landesregierung eingerichteten Härtefallkommission anordnen, dass einem vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer abweichend von den sonstigen Erteilungs- und Verlängerungsvoraussetzungen für einen Aufenthaltstitel eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Die Einrichtung einer Härtefallkommission liegt im Ermessen der Länder. Thüringen hat eine Härtefallkommission eingerichtet.

Seite 16. Jüdische Zuwanderer aus den Nachfolgestaaten der GUS

Das Verfahren zur Aufnahme jüdischer Zuwanderer in Deutschland wurde neu geregelt. Aufnahmebewerber müssen künftig in der Lage sein, ihren Lebensunterhalt in Deutschland eigenständig zu sichern. Dabei soll die Familienzusammenführung ermöglicht werden. Aufnahmebewerber müssen nachweisen, dass die Möglichkeit zur Aufnahme in eine jüdische Gemeinde im Bundesgebiet besteht. Eine weitere Aufnahmevoraussetzung ist der Nachweis von Grundkenntnissen der deutschen Sprache.

Seite 22: Bürger der Europäischen Union

Der Aufenthalt von Unionsbürgern ist im Freizügigkeitsgesetz geregelt. Zur Verwirklichung der Freizügigkeit in der Europäischen Union wird die Aufenthaltserlaubnis für die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger abgeschafft. Seit 2005 besteht nur noch - wie für Deutsche - eine Meldepflicht bei den Meldebehörden. Unionsbürger erhalten eine Bescheinigung über ihr Aufenthaltsrecht.

Unionsbürger haben nur im Rahmen verfügbarer Kursplätze die Möglichkeit an einem Integrationskurs teilzunehmen.

Seite 23: Asylbewerber

Die aufenthaltsrechtliche Stellung von Inhabern des sog. "kleinen Asyls" wird der von Asylberechtigten angeglichen. Beide Gruppen erhalten zunächst einen befristeten Aufenthaltstitel, der nach drei Jahren zu einer Verfestigung führen kann, wenn die Voraussetzungen weiterhin bestehen. Inhaber des sogenannten "kleinen Asyls" erhalten - wie bislang nur die Asylberechtigten - ungehinderten Arbeitsmarktzugang. Vor der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis an Asylberechtigte und Inhaber des sogenannten "kleinen Asyls" wird überprüft, ob sich die Verhältnisse im Herkunftsland geändert haben. Die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung ist gesetzlich geregelt.

Die Weisungsunabhängigkeit der Einzelentscheider und das Amt des Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten wurden abgeschafft. Dies führt zur Beschleunigung der Verfahren und zu einer Vereinheitlichung der Entscheidungspraxis.

Seite 24. Ausländische Studierende

Studenten haben die Möglichkeit, nach erfolgreichem Studienabschluss zur Arbeitsplatzsuche für bis zu einem Jahr eine Aufenthaltserlaubnis in Deutschland zu erhalten.

Deckblatt Rückseite

Netzwerk für Integration für Spätaussiedler, Migranten und Bürger der
Landeshauptstadt Erfurt
Rosa-Luxemburg-Straße 50
99086 Erfurt

Kontakt:

Stadtverwaltung Erfurt
Büro der Ausländerbeauftragten
Benediktsplatz 1
99084 Erfurt
Telefon: 0361 / 655 1044
Fax: 0361 / 655 1119
E-Mail: auslaenderbeauftragte@erfurt.de

Netzwerk für Integration
für Spätaussiedler, Migranten und Bürger der Landeshauptstadt Erfurt
Zentrum für Integration und Migration
Rosa-Luxemburg-Straße 50
99086 Erfurt
Tel. 03 61 / 6 43 15 35
Fax 03 61 / 3 46 76 66
E-Mail: netzwerk_erfurt@web.de